

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftführer:
Erich Mühlhens, Berlin.
Telefon: Amt Dänzig 4122-4123



Abdruck für Zeitung und Veröffentlichung:
Berlin O 2 01, Tele-Aktions-Post 6
Telefon-Nr.: 60211

Die Gesellschaft erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Verantwortung abgedruckt. Abdruckung ist nicht zu befehlen.
Der Druck erfolgt in der Druckerei der Gesellschaft für alle Teile in Berlin.

Berlin, den 16. Nov. 1931.

Die Hessen-Wahl.

Das Ende des bürgerlichen Liberalismus.

Verlag: Institut
für Geschichte
des bürgerlichen Liberalismus,
Amsterdam

SPD, Darmstadt, 16. November (Eig. Bericht)

Die hessischen Landtagswahlen schliessen die Reihe der Teilwahlen in diesem Jahre ab. Nach ihnen folgen im nächsten Jahre die Reichspräsidentenwahlen und die Preussenwahlen. Die Hessen-Wahlen zeigen im verstärkten Masse das Gesicht, das sich bei den Länderwahlen der letzten Zeit herausgebildet hat. Da diesmal auch das Zentrum einbezogen ist, ermöglicht die Wahl eine Abschätzung der Wählerstimmung im Reich. Sie hat die politischen Verhältnisse in Hessen vollständig umgestülpt. Der Hessen-Landtag ist nicht wiederzuerkennen. Die Veränderungen sind für den Landtag umso einschneidender, als er noch auf der Parteikonstellation vor der grossen Umwälzung der Parteiverhältnisse im Gefolge der Wirtschaftskrise beruhte. Umso schärfer bringt diese völlige Umstülpung der bisherigen Verhältnisse in Hessen die Tatsache zum Ausdruck, dass sich im deutschen Parteiensystem eine Revolution, ein Erdbeben vollzogen hat, und dass diese Revolution noch nicht zu Ende ist. Daraus ergeben sich wichtige Rückschlüsse auf die Verhältnisse im Reich.

Gliedert man aus der grossen Zahl der Parteien, die bei der Hessen-Wahl aufgetreten sind, die grossen Gruppen aus, so ergibt sich ein ganz klares und eindeutiges Bild. Auf der Linken der Arbeiter: SPD., KPD und die Splitter, die sich von beiden losgelöst haben, auf der Rechten die Nationalsozialisten. 298 000 Stimmen der Arbeiterparteien gegen 291 000 Nazistimmen. Dazwischen stehen das Zentrum mit 112 000 Stimmen und die bürgerlichen kleinen Parteien mit insgesamt 84 000 Stimmen für sieben Parteien. Mit dem Zentrum zusammen also 196 000 Stimmen.

Die bürgerlichen Parteien ausser dem Zentrum sind auf den Rang von Splitterparteien herabgesunken. Gegenüber der letzten Reichstagswahl haben diese Parteien zusammen mehr als die Hälfte ihres Bestandes verloren. Sie haben jetzt noch rund 84 000 Stimmen und haben rund 100 000 Stimmen verloren. Statt des Einbruchs in die marxistische Front haben die Nationalsozialisten aus den bürgerlichen Parteien, voran aus den liberalen Parteien, Kleinholz gemacht.

Diese Entwicklung hat auch vor Hessen nicht Halt gemacht. Die Bevölkerung des Rhein-mainischen Gebiets zeigte bisher stark liberalen Charakter. Trotzdem ist die bürgerliche Bevölkerung dieses Gebiets in stärkster Masse der Nationalsozialistischen Partei, der Todfeindin des Liberalismus, gefolgt. Über dieser Entwicklung steht geschrieben: Ende des bürgerlichen Liberalismus. In der Tat zeigen diese Hessenwahlen, dass die überkommenen Ideologien des Bürgertums vor die Hunde gehen. Sie lehren aber zugleich, wo die Ursachen für diese Entwicklung zu suchen sind.

Es gibt gewiss eine Reihe von besonderen lokalen Gründen, die in Hessen mitsprechen. Die besondere Struktur des stark agrarischen Landes, der Wahltermin im Spätherbst, der die bäuerliche Bevölkerung stärker als je zuvor an die Wahlurne gebracht hat. Aber das alles tritt zurück hinter der Grösse der Bewegung, die sich im Parteiensystem vollzogen hat. Die wirkenden Ursachen waren

nicht lokaler, sondern allgemeiner Natur.

Auf dem Lande ist es die Revolte des Bauerntums, in der Stadt die Revolte des Mittelstandes gegen die Wirtschaftskrise. Die Unsicherheit jeder bürgerlichen Existenz, die Wirkung der Notverordnungen, der Steuerdruck und nicht zuletzt die wiederholten Angriffe auf die Einkommensverhältnisse der Beamten, die eine Kürzung der Bezüge als eine Erschütterung der Weltordnung empfinden, das sind die Zuträger für den Nationalsozialismus. Gerade das letztere tritt in kleineren Städten in Hessen, die stärker noch traditionsgebunden sind als die Grosstädte und gewissermassen hinter der Entwicklung herlaufen, viel stärker in Erscheinung als in grossen Industriestädten.

Die Abstimmung der Stadt Darmstadt bietet dafür ein repräsentatives Beispiel. In der sogenannten Künstler-Kolonie in Darmstadt wurden 720 Hitlerstimmen abgegeben, daneben 80 sozialdemokratische und 40 kommunistische Stimmen. Hier wohnen Künstler, Hochschullehrer, höhere Beamte, der ganze gehobene Mittelstand der bisher in liberalen Gedankengängen lebte. Die Abstimmung dieser Wohnbezirk der besseren Leute ist symptomatisch. Der hessische Mittelstand hat mit dem ehemaligen Grossherzog an der Spitze seine Stimmen für Hitler abgegeben.

Es ist kein Zweifel, das ist die soziale Revolte des Bürgertums! Was wollen diese Kreise? Was ist ihre Zukunftsmission angesichts des Untergangs der bürgerlichen Welt? Sicherlich spielen bei ihnen antikapitalistische Stimmungen eine Rolle. Aber diese Stimmungen sind zu einem grossen Teil nicht revolutionär sondern reaktionär, nicht fortschrittlich sondern rückschrittlich romantisch. Denn im Grunde genommen wollen diese Kreise wieder zurück in die Ordnung, in der der Arbeiter aus dem Interessenkreis des Staates verschwindet und die Lasten der Krise trägt, ohne dass dabei das öffentliche Gewissen aus dem Schlummer gerissen wird, indes der Mittelstand und das Beamtentum von den schlimmsten Krisenwirkungen verschont bleibt. Es ist eine Revolte gegen ein Geschehen, dessen wahren Sinn sie nicht begreifen, eine Revolte dagegen, dass auch der bürgerlich Mittelstand das Los des Arbeiters, die Einschränkung der Lebenshaltung und die absolute Ungewissheit der Existenz, teilen soll. Die Spiessbürger von Darmstadt, die diese geradezu repräsentative Abstimmung geliefert haben, wollen beileibe nicht den Sozialismus, wenn sie nationalsozialistisch wählen. Die Liste der Nazi-Abgeordneten, die durch sie gewählt worden sind, sagt alles. Landwirte, Ärzte, Regierungsräte, Kaufleute, Studienräte, Richter, Beamte.

Welche Konsequenzen sich für das Land Hessen ergeben werden, ist noch nicht zu überblicken. Der Wahlausfall hat im Lager der bürgerlichen Parteien schwere Betroffenheit ausgelöst. Die Volkspartei führt bittere Klage, dass sie eine zerschmetternde Niederlage erlitten habe. Jetzt, wo eine Regierungsbildung Zentrum Nationalsozialisten als rechnerische Möglichkeit auftaucht, dürstet sie plötzlich wieder nach kulturpolitischen Interessen. Es gibt in der Tat in Hessen wichtige kulturpolitische Interessen zu verlieren. Hessen besitzt ein ausgezeichnetes fortschrittliches Schulwesen. Aber das Bürgertum fragt nicht nach kulturpolitischen Interessen. Es sieht in der Nationalsozialistischen Partei eine Art von neuer Wirtschaftspartei, in der man die kleinlichsten und rückschrittlichsten Privatinteressen vertreten kann, nur mit dem Unterschied, dass man dort nicht nur in der Gesellschaft von Bäckermeistern und Hausbesitzern, sondern dazu noch in der ehrenwerten Gesellschaft von Generalen und Hohenzollernprinzen und ehemaligen Grossherzogen ist. Noch aber herrscht Ungewissheit über die künftige Gestaltung der hessischen Regierung. So sehr, dass das nationalsozialistische Parteiorgan eine Musterkarte von Möglichkeiten aufzählt.

Die Arbeiterbewegung darf die Augen nicht vor der Tatsache verschliessen, dass diese Wahlen symptomatisch für das Verhältnis im Reich sind. Die Krise des Kapitalismus erzeugt eine mächtige bürgerliche Sammelpartei auf der äussersten Rechten, die sozialrevolutionär erscheint ihrer Veranlagung wegen, die ihrem Wesen nach aber stockreaktionär ist, weil ihr Ziel die Rückkehr auf eine frühere Stufe der kapitalistischen Entwicklung ist. Und diese Partei ist nicht nur reaktionär, sie ist zugleich faschistisch! Den Faschismus aber bekämpft man nicht mit dem Bolschewismus, sondern mit dem Kampf um die Freiheit, um die Gerechtigkeit, um alles das, was der Faschismus grundsätzlich vermeidet! Je wahnwitziger das Bürgertum sich gebärdet, umso kühler und vernünftiger muss die Arbeiterbewegung werden!

SPD. Hamburg, 16. November (Eig. Drahtb.)

Am Montag nachmittag verkündete das Schwurgericht im Hamburger Nazi-Prozess folgendes Urteil: Jansen und Höckmair 7 Jahre Zuchthaus, Bammel 6 Jahre Zuchthaus und zwar wegen gemeinschaftlich vollendeten und versuchten Totschlages, wegen gemeinschaftlich versuchter Nötigung und wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände versagt.

SPD. In der weihevoll geschmückten Wandelhalle des Preussischen Landtages fand am Montag-Nachmittag die Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten des Preussischen Landtages Friedrich Bartels statt. Den mit roten Rosen geschmückten Sarg umgab eine Fülle von Kränzen. An der Feier nahmen teil das Preussische Staatsministerium, die Staatssekretäre, Mitglieder des Staatsrates und des Landtages, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, Reichsminister Groener, Reichstagspräsident Löbe, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels mit den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes, zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Vertreter der zentralen Parteiinstitutionen und Gewerkschaften.

Als die Verwandten des Verstorbenen, darunter die Gattin und der Sohn des Entschlafenen, die Trauerhalle betraten, erhob sich die Trauerversammlung. Dann leitete die Kapelle der Staatsoper die Feier mit dem Marsch der Priester aus der Zauberflöte ein. Anschliessend nahm Vizepräsident Baumhoff das Wort. Er führte u.a. aus:

"Was wir seit Wochen in banger Sorge gefürchtet haben, das ist nun schmerzvolle Wirklichkeit geworden: Friedrich Bartels, der Präsident des Preussischen Landtags, hat ausgelitten, er ist für immer von uns gegangen. Wir hofften in fester Zuversicht, dass seine kräftige Natur und sein eiserner Wille zu leben, stärker sein würden als die schleichende Krankheit, die seinen Körper zerwühlte. Das tückische Leiden hat über ihn gesiegt, es hat sein Leben viel zu früh ausgelöscht. Sein Heimgang hat Wunden geschlagen und Lücken geöffnet. Trauer und Schmerz erfüllt uns alle. Wir nehmen innigen Anteil an dem herben Schmerz, der seine Familie betroffen hat. Mit schmerzlicher Wehmut nehmen von dem Dahingeschiedenen die Beamten, die Angestellten und Arbeiter seiner Verwaltung Abschied, denen er allezeit ein gütiger, gerechter und sorgender Vorgesetzter war. Tiefe Trauer erfüllt den Preussischen Landtag, in dem er ein leuchtendes Beispiel staatsbürgerlicher und vaterländischer Pflichterfüllung war, und dessen Präsident er fast seit sieben Jahren gewesen ist. Wir haben einen Menschen von schlichter und edler Gesinnung, einen Mitarbeiter von ausgeprägtestem Pflichtgefühl, einen Freund mit lauterem und reinem Herzen verloren.

Vizepräsident Baumhoff würdigte dann mit warmen Worten das Wirken des Verstorbenen Präsidenten, der seine hohe Stellung durch hingebende Arbeit, unermüdete Pflichterfüllung und die Lauterkeit seines Charakters errungen habe. Auch in den schwierigsten Situationen sei er redlich bestrebt gewesen, einen gerechten und befriedigenden Ausgleich zu finden: Friedrich Bartels! Du wirst den Präsidentenstuhl des Hauses nicht mehr zieren, Deine Zeit ist abgelaufen, Du hast den Kampf beendet. Deine Mitarbeiter im Präsidium, die Mitglieder des Landtags, Führer des öffentlichen Lebens, Deine Freunde und Deine Untergebenen, sie stehen an Deiner Bahre, um von Dir schmerzlich Abschied zu nehmen. Mag Dein irdisches Wirken beendet sein, es ist nicht ausgelöscht. Ueber Dein Grab hinaus wird Dein Geist überall da, wo er bislang wirken konnte, lebendig bleiben. Du warst dem Landtag ein weiser, ein kluger Führer, er dankt Dir von Herzen für Dein nimmermüdes Schaffen und Sorgen. Du scheidest nun für immer aus diesem Hause, aber Du bleibst doch bei uns; denn Dein Andenken wird hier rein und in Ehren fortleben. Friedrich Bartels! Ruhe in Frieden!

Ministerpräsident Dr. Braun sprach hierauf namens der Staatsregierung folgende Gedenkworte: Für die Preussische Staatsregierung trete ich an den

Sarg des verstorbenen Präsidenten dieses Hohen Hauses, um ihm Worte der Eh-
rung und des Abschieds zu widmen. Noch vor nicht gar zu langer Zeit sahen wir
ihn auf dem Präsidentenstuhl mit der ihm eigenen nüchternen Sachlichkeit und
Güte die Geschäfte des Parlaments leiten; heute birgt ihn der Schrein, in dem
wir alle einmal den Weg gehen müssen in das Reich der Schatten, von wo es
kein Wiederkommen gibt. Wie jetzt im Herbst die Blätter abgestorben zu Boden
fallen, so sank er dahin. Ein Leben voll Mühe, Arbeit und Sorgen, aber nicht
ohne Erfolge ist abgeschlossen, ein Leben, das überwiegend dem Gemeinwohl ge-
weiht war.

Unsere heutige hasserfüllte unruhige Zeit zehrt stark an den Kräften der
Menschen, die im Brennpunkt des öffentlichen Lebens stehen. Immer mehr bildet
sich das Unwesen heraus, im Andersdenkenden, im politischen Gegner nicht den
Volksgenossen, sondern den persönlichen Feind zu erblicken und ihn mit ent-
sprechenden Mitteln zu bekämpfen. Und das in einer Zeit wo das deutsche Volk
alle seine Kräfte zusammenfassen müsste, um den furchtbaren Gefahren zu bege-
gen, die es bedrohen. Selbst unser parlamentarisches Leben ist vor einer betrü-
benden Verwilderung nicht bewahrt geblieben. Das stellt an den Präsidenten der
Volkvertretung, der die Würde und das Ansehen dieser gesetzgebenden Körper-
schaft zu wahren hat, oft Anforderungen, die über die Kraft eines einzelnen
gehen. Im Volke ist vielfach die Auffassung vertreten, dass das Amt des Land-
tagspräsidenten ein vornehmlich repräsentatives Amt sei. Das ist ein Irrtum.
In unserem republikanischen Staatswesen, wo die Staatsgewalt vom Volke ausgeht,
ist der Präsident der in freier Wahl gewählten Volkvertretung ein überaus
wichtiger Faktor des Staatslebens. Er hat nicht nur die Rechte des Parlaments
zu vertreten, sondern ihm liegt auch ob, ihre Wahrnehmung mit den Anforderun-
gen der Staatsregierung in Einklang zu bringen.

Friedrich Bartels, den strengste Sachlichkeit, ein unbestechlicher, auf
Ausgleich gerichteter Charakter und ein gutmütiges Grundwesen auszeichneten,
ist diesen schweren Aufgaben in seltenem Masse gerecht geworden. Es ist ihm
nicht immer gelungen, die ihm obliegenden Aufgaben zu aller Zufriedenheit zu
lösen. Welcher Mensch könnte das? Aber es muss doch anerkannt und an seinem
Sarge ausgesprochen werden, dass er stets von gutem Willen beseelt und in heis-
sem Bemühen bestrebt war, sein hohes Amt zum Wohle des Volksganzen zu führen
und nicht nur die Arbeiten des Parlaments, sondern auch die allgemeinen Staats-
geschäfte zu fördern. So hat er Volk und Vaterland wertvolle Dienste geleistet,
die in der neupreussischen Geschichte und vor allem in der Geschichte des Preus-
sischen Landtags dauernd verzeichnet bleiben werden. Nun, da er von uns geht,
nehmen wir, die wir mit ihm für das Wohl unseres Volkes gekämpft und gerungen
haben, in Wehmut und Dankbarkeit Abschied und entbieten ihm unseren letzten
stillen Gruss. Die Staatsregierung wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes
dankerfülltes Gedenken bewahren.

Die Trauerkundgebung fand ihren Abschluss durch den Vortrag des Trauer-
marsches aus Beethovens "Eroika". Die Mitglieder des Staatsministeriums, des
Landtagspräsidiums und andere Teilnehmer sprachen dann noch der Gattin des ver-
storbenen Präsidenten Bartels und seinem Sohn persönlich ihr Beileid aus.

Im Anschluss an diese Trauerveranstaltung, die durch Rundfunk übertragen
worden war, wurde der Sarg in das Krematorium Gerichtstrasse überführt, wo
gegen 7 Uhr die Sozialdemokratische Partei sich von Friedrich Bartels ver-
abschiedete.

+ + +

Der Trauerfeier des Landtags ging eine Trauersitzung der Sozialdemokrati-
schen Landtagsfraktion voraus. Auf dem Platze des Dahingeshiedenen stand in
schwarz verhüllter Vase ein prächtiger Strauss roter Nelken; der verwaiste
Stuhl war mit Tannengrün geschmückt. Vom Fraktionsvorstand nahm Robert Leinert
das Wort zu folgendem Nachruf:

Als mit dem Tode unseres Friedrich Bartels die in ihm wütende Krankheit
ihr Ziel erreichte, waren auch zugleich seine Hoffnungen zerstört, die er bis

zuletzt hegte: sein Amt als Präsident wieder anzutreten. Denn er liebte dieses hohe Ehrenamt mit all den Sorgen für die Beamten und Angestellten, denen er ein guter vorgesetzter sein wollte und war, das ihm republikanische Würde verschaffte, das er auch nach aussen hin mit der ihm eigenen Verbindlichkeit zur Geltung zu bringen wusste und das er mit überlegener Milde und seltener Unparteilichkeit verwaltete. Seine Präsidentschaft hat ihm nicht die Feindschaft anderer Parteien, sondern höchste Achtung und Anerkennung erworben.

Erst die Republik hat die Grundlage dafür geschaffen, dass ein Sozialdemokrat Präsident eines deutschen Parlamentes werden konnte. Im Dreiklassenparlament der Vorkriegszeit waren die Monarchisten unter sich. Einer der damaligen Präsidenten durfte den Satz prägen, dass die Sozialdemokratie nie Subjekt, sondern nur Objekt der Gesetzgebung sein dürfe. Seitdem die Sozialdemokratie nach der Revolution mit an verantwortlicher Stelle steht, war auch die Garantie für eine objektive Handhabung der Präsidentschaftsgeschäfte gegeben. Friedrich Bartels brachte freilich nicht das mit, was früher für das hohe Amt des Präsidenten erforderlich war: Zugehörigkeit zum Adel und akademische Bildung. Dafür aber brachte er mit die Erfahrung der harten Schule des Lebens, die jeder Sozialdemokraten seiner Generation, der als Führer tätig war, beschieden gewesen ist.

Robert Leinert schildert dann den Werdegang von Friedrich Bartels und fährt fort: Wenn wir ihm heute Dank sagen, so mag das ein Trost sein für seine schwergeprüfte Gattin, ohne deren opferbereite Entsagung er hätte niemals so Grosses leisten können. Wir alle kennen dieses Los der Frauen von führenden Freunden und Frau Bartels mag in ihrer Einsamkeit das Gefühl mitnehmen, dass sie mitgewirkt hat, das Leben eines so prachtvollen Menschen bis zu seinem Tode der Partei zu erhalten. Einer nach dem anderen unserer Generation zieht ins Reich der Schatten. Friedrich Bartels war der letzte der Sekretäre des Parteivorstandes aus der Vorkriegszeit. Ihm sind vorangegangen Ebert, Müller, Braun, Molkenbuhr u.a. - Möge der Tod dieser Führer für die jetzige und kommende Generation eine Mahnung sein, im gleichen Geiste zu wirken für unser Ziel, die Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien, um das zu vollenden, was Friedrich Bartels zu schauen nicht mehr beschieden war.

Die Fraktion hörte diesen Nachruf zu Ehren des Verstorbenen stehend an.

SPD. Paris, 16. November (Eig. Drahtb.)

Die ausserordentliche Tagung des Völkerbundsrats begann am Montag-Nachmittag um vier Uhr in dem Uhrensaal des Pariser Aussenministeriums unter dem Vorsitz Briands. Zur Rechten des Präsidenten sassen Scialoja (Italien) und von Bülow (Deutschland), zur Linken der Generalsekretär des Völkerbundes Drummond und Sir John Simon (England). Der japanische Vertreter Yoshizawa hatte seinen Platz am linken Kopfende des Haupttisches, der chinesische Vertreter Sze am äussersten Ende des rechten Seitentisches.

Briand eröffnete die Sitzung mit einer Rede, in der er zunächst für die Wahl von Paris als Tagungsort dankte und dann den englischen Aussenminister und Staatssekretär von Bülow begrüßte, die zum erstenmal als Delegierte an einer Ratstagung teilnehmen. Weiter setzte Briand den Grund der Tagung und die Ereignisse auseinander, die sich seit der letzten Zusammenkunft im Oktober abgespielt haben. Er schloss seine Rede mit dem Wunsch, dass im Interesse des Friedens eine möglichst schnelle Regelung des Konflikts zustandekommen möge. Sir John Simon und Staatssekretär von Bülow dankten Briand für die ihnen gewidmeten Begrüßungsworte und gaben die Versicherung ab, dass sie nach besten Kräften an der Erledigung der dem Rat zufallenden Aufgabe mitarbeiten würden.

Auf Vorschlag Briands wurde eine sich sofort anschliessende nichtöffentliche Sitzung beschlossen, um das Verfahren zur Regelung des Konflikts fest-

zulegen. Diese Sitzung dauerte bis 5 1/4 Uhr. Aus den Erklärungen Briands in dieser Sitzung ging hervor, dass man ein Kompromiss suchen müsse, das sich auf der Linie einer Hereinziehung der prinzipiellen Fragen der älteren Verträge zwischen China und Japan bewegt. Der chinesische Vertreter Sze bat den Ratspräsidenten am Schluss der Sitzung, möglichst viele öffentliche Sitzungen anzuberaumen.

Am Vormittag hatte Briand eine Unterredung mit dem englischen Aussenminister und dem russischen Botschafter Dowgalewski gehabt.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nimmt am Donnerstag seine Beratungen auf, die wahrscheinlich viele Wochen dauern werden. Entsprechend dem Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion wird der Ausschuss sich zunächst mit den Anträgen auf Kürzung der hohen Pensionen beschäftigen und dabei gleichzeitig den von der Reichsregierung Anfang dieses Jahres vorgelegten Gesetzentwurf beraten. Als Berichterstatter hierfür ist der sozialdemokratische Abgeordnete Rossmann in Aussicht genommen.

Einen weiteren wichtigen Gegenstand der Beratungen des Ausschusses stellen die Anträge auf Abänderung der Notverordnung vom 6. Oktober dar. Hier liegt neben einem umfangreichen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten auch ein Gesetzentwurf der Bayerischen Volkspartei vor. Ferner wird sich der Haushaltsausschuss mit den Einsprüchen des Reichsrats gegen frühere Beschlüsse des Reichstags über die Einfuhr von Gefrierfleisch und die Erhöhung der Besitzsteuern zu beschäftigen haben.

Dass die Nationalsozialisten sich an der Tagung des Haushaltsausschusses nicht beteiligen werden, ist als sicher anzunehmen. Dagegen schweben bei den Deutschnationalen noch Erwägungen, ob ihre Teilnahme zweckmässig sei. Bleiben Nationalsozialistische und Deutschnationale den Beratungen fern, dann verfügt der Ausschuss statt über 35 nur noch über 26 Mitglieder, von denen 9 auf die Sozialdemokraten und 5 auf die Kommunisten entfallen. Diese Mehrheitsverhältnisse, die der wirklichen Zusammensetzung des Reichstags nicht entsprechen, verleihen natürlich den Verhandlungen des Haushaltsausschusses eine besondere politische Bedeutung.

SPD. Tokio, 16. November (Eig. Drahtb.)

Aus Mukden wird gemeldet, dass eine Abteilung chinesischer Truppen einen Bahnhof 160 Kilometer südlich von Angangchi (Knotenpunkt an der ostchinesischen Eisenbahnlinie) angegriffen und alle Verbindungen unterbrochen hatte, um auf diese Weise die in der Nordmandschurei befindlichen japanischen Truppen zu isolieren. Die Japaner haben die chinesischen Truppen am Montag zurückgeschlagen.

SPD. Das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen hat in der Presse aller Richtungen ein lebhaftes Echo gefunden. Das Zentrum, von dessen Haltung die Bildung einer Rechtsregierung in Hessen abhängig ist, hält sich in seinem Urteil über die politischen Konsequenzen der Hessenwahlen noch stark zurück. Von zuverlässiger Seite verlautet aber, dass die Zentrumsparterie nicht abgeneigt ist, das Experiment einer Regierung mit den Nationalsozialisten in Hessen zu versuchen. Irgendwelche Auswirkungen dieser Politik auf das Reich sollen nicht beabsichtigt sein.

Die "Germania" schreibt zu den Wahlen: "Es gibt heute, wenn man den hessischen Masstab verallgemeinern will, praktisch nur noch vier Parteien in Deutschland: Die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, die Kommunisten."

und das Zentrum. Alle anderen sind kleinere Splitter, die mehr oder weniger in den Prozess des rapiden Kraftschwundes einbezogen sind. Um die gegenwärtige Situation in Deutschland richtig zu kennzeichnen, braucht man nur darauf hinzuweisen, dass von diesen drei Parteien zwei sozialistisch sind, und die dritte und grösste den Sozialismus nicht nur in ihrem Namen und Programm für sich in Anspruch nimmt, sondern auch in ihren Wählermassen über einen mit sozialreaktionären Elementen vermischten starken sozialistischen Bestand verfügt. Angesichts der überragenden Stärke dieser drei Gruppen und der fortschreitenden Zertrümmerung der gemässigten Parteien wächst die Verantwortung des Zentrums für die politische und gesellschaftliche Weiterentwicklung unseres Volkes in ein noch nie dagewesenes Mass hinein... Der politische Umschichtungsprozess, den wir durchleben, wird wahrhaftig nicht auf dem Gipfelpunkte des nationalsozialistischen Machtgewinns beendet sein. Dort wird vielmehr etwas beginnen, was wichtiger und bedeutender ist als die Entwicklung der Zahl und der Grösse: Die geistige und politische Umformung einer Bewegung zu einem wirklichen Instrument des Staates, die sich allerdings gleichfalls nicht ohne neue Erschütterungen des deutschen Parteigefüges vollziehen kann.

Der "Pressedienst der Zentrumsparlei sagt:

"In zwei Punkten stimmt das Wahlergebnis von Hessen mit allen bisherigen ähnlichen Wahlen überein: Die Nationalsozialisten bringen keine Zerschlagung der sogenannten marxistischen Front fertig, die sich lediglich in ihren inneren Bestandteilen verschiebt, und zweitens: gänzlich unberührt von dem nationalsozialistischen Druck bleibt das Zentrum. In Hessen zeigt die Linie der politischen Entwicklung der nächsten Zeit deutlich an: Die grosse Entscheidung wird zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ausgetragen, nicht nur in Hessen, sondern demnächst auch in Preussen und dann im ganzen Reiche. Die Nationalsozialisten sind an der Grenze ihrer Macht. Ihre Kampfesweise gegen das Zentrum konnte gerade im Hinblick auf die hessischen Landtagswahlen an Robustheit und unbekümmertheit nicht mehr übersteigert werden, und trotzdem geht das Zentrum gestärkt aus diesem Kampfe hervor. Andererseits haben die Nationalsozialisten bis auf das Zentrum die bürgerlichen Parteien fast vollständig zerrieben, und angesichts einer Wahlbeteiligung von über 80 Prozent bedeutet das nichts anderes, als dass die Grenze der Ausdehnungsfähigkeit der nationalsozialisten nun erreicht, also eine Steigerung nicht mehr möglich ist, zeigt aber auch, dass die Nationalsozialisten nie und nimmer in der Lage sein werden, für sich allein die Macht zu erlangen."

SPD. Kiel, 16. November (Eig.Drhtb)

In Eutin hält der Terror der Nazis noch immer an. In Trupps von sechs Mann Stärke durchziehen Nationalsozialisten immer wieder die Stadt und bedröhen und beschimpfen die Einwohner, von denen sie annehmen, dass sie Gegner der Nazis sind. Die Polizei lässt sich das provozierende Auftreten der Nazipatrouillen gefallen. Wenn es sich um die Durchsuchung von Reichsbannerleuten handelt, benutzt sie die Nazis sogar als Hilfspolizei.

Da in der bürgerlichen Presse versucht wird, die Schuld an den letzten blutigen Vorgängen in der Stadt dem Reichsbanner zuzuschreiben, hat die Gauleitung des Reichsbanners an den oldenburgischen Ministerpräsidenten eine umfangreiche Beschwerdeschrift gerichtet, in der eine durch Zeugen beglaubigte Darstellung der Vorgänge während der letzten Woche gegeben wurde und in der zugleich verlangt wird, dass mit Staatsgewalt gegen das terroristische Treiben der Nazis eingeschritten wird.

In einer Erklärung des Reichsbanners in der Presse werden die Behauptungen über angebliche umfangreiche Waffenfunde bei Reichsbannerleuten in Eutin als unwahr zurückgewiesen. Ebenso unwahr ist, dass zwei Führer des Reichsbanners von der Polizei gesucht werden, aber aus Eutin geflüchtet sind. In Wirk-

lichkeit hat die Polizei ausser einigen Schlagwaffen eine einzige Pistole beschlagnahmt. Die beiden Arbeiter, die angeblich geflüchtet sein sollen, sind von der Gauleitung von Eutin abberufen worden, zumal dem einen von der Polizei erklärt wurde, dass sie ihn in Schutzhaft nehmen müsse, wenn er Eutin nicht verlässt. Die Polizei ist also selbst nicht mehr in der Lage, die Einwohner vor den Drohungen und Ueberfällen der Nazis zu schützen.

SPD. Am Montag-Abend nahm die Sozialdemokratische Partei für immer von Friedrich Bartels Abschied. Das Krematorium in der Gerichtstrasse, das mehr als 1500 Menschen fasst, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Um den mit Blumen überladenen Sarg hatten die nächsten Angehörigen des verstorbenen, die Witwe und der Sohn, Platz genommen. Ferner der Parteivorstand mit dem Banner der SPD., Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion, Vertreter der Gewerkschaften, des Reichsbanners und viele andere.

Otto Wels sprach die letzten Abschiedsgrüsse. Er beklagte den Tod eines der Besten, dessen kluger Rat, Besonnenheit und Ruhe eine der wichtigsten Stützen beim Aufbau des Organisationsgebäudes der Arbeiterschaft gewesen seien. Doppelt schwer falle der Abschied von dem Toten in einer gewitterschwangeren Zeit, in der es gelte, die Scharen neu zu gliedern. Mit Bartels habe der Parteivorstand der SPD und die Partei selbst fast den Letzten verloren, der in der Vorkriegszeit durch das Vertrauen der Partei an ihre Spitze berufen wurde. Der Dahingegangene habe das in ihn gesetzte Vertrauen durch seine innere Sicherheit, durch seine klare Sachlichkeit, durch seine grosse Leistung vollkommen gerechtfertigt. Vor keiner Aufgabe sei seine Arbeitskraft zurückgeschreckt und selbst der Rückschlag, der im politischen Kampf nie ausbleibe, habe ihn nie entmutigt. Diese Verbundenheit eines ruhigen Temperaments mit einem scharfen Blick für die Tatsachen und die Erfordernisse des Augenblicks, diese unermüdlige Beharrung auf dem als richtig erkannten Ziel erinnere an das Wort von Jean Jaurès, dass es das Vorrecht der hohen und reinen Geister sei, die sich einer grossen Idee ganz hingeeben haben, niedrige Paniken ebenso wenig zu kennen wie das Faulbett des Siegestaumels.

Otto Wels sprach dann von der Vielseitigkeit der Interessen des Verstorbenen, der trotz der Arbeitsfülle, die stets auf ihm gelastet habe, noch Zeit zum Selbststudium und zur eigenen Fortbildung gefunden habe. Fast 10 Jahre habe Bartels der Hamburger Bürgerschaft als Mitglied angehört und oft genug von der Senatstribüne herab für die Interessen der Arbeiterschaft gefochten. Mit dem Zusammenbruch des Jahres 1918 habe er im Preussischen Landtag das verantwortliche Amt des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses übernommen, bis er vor 7 Jahren zum Präsidenten des Landtags gewählt wurde.

Rückblickend erinnerte Otto Wels schliesslich an den Tod Hermann Müllers, an Friedrich Ebert, an Molkenbuhr, an Pfannkuch, an Adolf Braun, an Adolf v. Elm und Carl Legien, mit denen Bartels freundschaftlich verbunden gewesen sei. Eine lange Liste, die schmerzlich stimme und die nun um den Namen eines guten Kameraden und aufrechten Kämpfers von unbestechlichem Gerechtigkeitssinn und höchster persönlicher Makellosigkeit verlängert sei. Aber ewig, so schloss Wels, werde der Tote im Herzen des arbeitenden Volkes weiterleben, für das er stritt und dem sein ganzes Sein gehörte. - -

Die Sozialdemokratie hatte Abschied genommen. Unter den Klängen feierlicher Musik sank dann der Sarg mit der sterblichen Hülle von Friedrich Bartels langsam in die tiefe.

SPD. Paris, 16. November (Eig. Drahtb.)

Der unerwartet grosse Erfolg der Nazis bei den Hessenwahlen hat in Paris grosses Aufsehen erregt und gibt zu Befürchtungen über den weiteren Bestand des Kabinetts Brüning Anlass.

Der "Temps" schreibt: "Es ist zu befürchten, dass die Rechtsschwenkung schliesslich in Deutschland eine aussichtslose Lage schaffen wird. Die einzige solide politische Organisation, die in Deutschland vorhanden ist, ist das katholische Zentrum. Das Zentrum bildet aber eine Minderheit, die nur mit Unterstützung der Rechtsparteien regieren kann. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien weiter zusammenschmelzen und wenn die Sozialdemokratie durch die kommunistische Propaganda ernstlich in ihrem Bestand gefährdet wird, wird jede nach links orientierte Koalition unmöglich werden. Das Zentrum kann dann gezwungen werden, mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen. Eine solche Möglichkeit ist bekanntlich bereits erwogen worden. Aber welches Vertrauen könnte man dann noch einer deutschen Regierung schenken, in der der Einfluss der Nazis beherrschend ist, und was könnte man vom Standpunkt der Befestigung des Friedens von einer Macht erwarten, für die der nationalistische Terror der Grund ihrer Existenz ist?"

SPD. Der in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Riesenskandal bei Schultheiss-Patzenhofer viel genannte Industrielle Ludwig Katzenellenbogen ist am Montag abend in Berlin in Haft genommen worden.

Diese Massnahme wird von der Staatsanwaltschaft damit begründet, dass bei Katzenellenbogen Fluchtverdacht vorliegt. Katzenellenbogen wurde dem Untersuchungsgefängnis in Berlin-Moabit zugeführt. Es wird ihm vorgeworfen, dass er die Aktionäre bei Schultheiss-Patzenhofer wesentlich geschädigt habe. Voruntersuchung ist zugleich gegen die Direktoren Templin, Dr. Sobernheim, Kuhlmei und Funke eröffnet worden und zwar, weil sie in einer Aufsichtsratssitzung und in einer Generalversammlung wesentlich falsche Angaben gedeckt haben. Bei dem in Frage kommenden Dr. Sobernheim handelt es sich um einen Bruder des bekannten Bankdirektors Sobernheim von der Commerzbank.

SPD. Warschau, 16. November (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen die Führer der polnischen Oppositionsparteien hat jetzt die Vernehmung der Entlastungszeugen begonnen, nachdem die Reihe der Belastungszeugen in einer Stärke von etwa 180 Mann durch ihr Versagen bewiesen hatte, auf welchen schwachen Füßen die ganze Anklage ruht. Die Erklärungen der ersten Entlastungszeugen, des ersten polnischen Sejmarschalls Trompczynski, ferner des bekannten oberschlesischen Politikers Korfanty und des Sozialisten Puzak, haben im ganzen Lande einen äusserst starken Eindruck hervorgerufen, trotzdem jeder Versuch der unabhängigen Presse, objektiv zu berichten, sofort unterdrückt wird.

Der greise Oppositionsführer Trompczynski bezichtigte den polnischen Staatspräsidenten des Verfassungsbruchs und erklärte, dass die Opposition im Sejm seinerzeit nur deshalb keine Konsequenzen daraus gezogen habe, um Polen nicht nach aussen hin zu kompromittieren. Der Staatspräsident habe in seinen Unterredungen mit Trompczynski stets seine völlige Abhängigkeit von Pilsudski zum Ausdruck gebracht. Irgend eine Klärung der Missbräuche der Pilsudski-Regierungen und deren Offiziere sei niemals zugelassen worden, wie es beispielsweise das geheimnisvolle Verschwinden des oppositionellen Generals Zagorski beweise, trotzdem die Opposition Beweisstücke für dessen Ermordung durch die Anhänger Pilsudskis in den Händen habe. Die Aussagen Korfantys, der selbst zu den Opfern von Brest-Litowsk gehörte, waren ebenfalls reich an dramatischen Momenten. Als Korfanty über die Hölle von Brest-Litowsk sprach und wörtlich erklärte:

"Ich sass mehrfach während meines Lebens in Gefängnissen, aber in keinem preussischen Gefängnis habe ich eine solche Schmach erliden müssen wie in Brest-Litowsk", da entstand im Saale ein Sturm der Entrüstung, sodass die Verhandlung unterbrochen werden musste. Als der Vorsitzende darauf dem Zeugen verbot, weiter über Brest-Litowsk zu sprechen, verzichtete Korfanty ostentativ auf jede weitere Aussage.

Der sozialistische Abgeordnete Puzak widerlegte in vierstündigen klaren und überzeugenden Ausführungen die Märchen von der angeblichen revolutionären Tätigkeit der polnischen Sozialisten. Weiter führte er aus, dass sich die polnischen Sozialisten seit dem Bestehen der Pilsudski-Diktatur nicht vor Provokateuren hätten wehren können, sodass sie ihre Lokale täglich hätten untersuchen lassen müssen, um festzustellen, ob ihnen nicht wieder einmal belastendes Material in die Schuhe geschoben werde. Die Führer der polnischen Sozialisten hätten sehr oft Todesdrohungen von anonymer Seite erhalten. Attentate seien ebenfalls an der Tagesordnung gewesen. Die in der Anklageschrift enthaltenen angeblichen revolutionären Aufrufe der polnischen Sozialisten seien von Anfang bis zu Ende gefälscht, was übrigens auch eindeutig aus ihrer Stilisierung hervorgehe.

Während der Verhandlung protestierten die Verteidiger gegen die ständigen Beschlagnahmen der Verhandlungsberichte in der Presse. Das Gericht erklärte dazu, dass es dafür nicht zuständig sei.

SPD. Die japanische Regierung hat dem Völkerbundsrat, der am Montag zu einer ausserordentlichen Sitzung in Paris zusammengetreten ist, mit einer Ueberraschung aufgewartet. Sie hat einen chinesischen Prinzen, einen jungen Abkömmling der vor zwei Jahrzehnten abgesetzten Dynastie, zum "Kaiser der Mandschurei" in Mukden ausrufen lassen.

Dieser junge Mann, der auf den Namen Puyi hört, lebte bisher in Tientsin von einer monatlichen Rente in Höhe von 500 Dollar, die ihm Japan auszahlte. Jetzt ist endlich der Augenblick für Japan gekommen, wo sich diese Rente - rentiert hat. Denn jetzt kann Japan dem Völkerbundrat gegenüber mit dem Argument operieren, dass die Mandschurei gar nicht mehr China gehöre, sondern ein selbständiger Staat sei, dessen Herrscher keineswegs den Abzug der japanischen Truppen wünsche, sondern umgekehrt auf das Verbleiben der japanischen Besatzung den grössten Wert lege.

Der Schwindel ist nicht neu. Man hat dergleichen in den letzten Jahren mehrfach erlebt. So setzten die deutschen und österreichischen Imperialisten während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk eine ukrainische "Regierung" ein, um die Ukraine vom übrigen Russland losreissen und militärisch besetzen zu können. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands haben die französischen Imperialisten und Militaristen den gleichen Tritt in den besetzten deutschen Gebieten versucht, als sie die autonomistischen "Regierungen" der Dorten und Konstrben ins Leben riefen und beschützten.

Der Schwindel mit dem Prinzen Puyi, diesem offenkundigen Strohmann der Regierung von Tokio, wird hoffentlich ebenso zusammenbrechen wie diese europäischen Vorbilder. Der Völkerbundrat sollte den Mut haben, die Dinge beim rechten Namen zu nennen und den japanischen Hinweis auf das neue "Kaiserreich" in der Mandschurei zu ignonieren. Leider muss man aber befürchten, dass die Völkerbundsbürokratie, die mittlerweile erkannt hat, dass sie nicht die Kraft hat, die mandschurische Nuss zu knacken, den japanischen Kaiserputsch von Mukden zum Vorwand nehmen wird, um China im Stich zu lassen und um sich abermals um eine klare Entscheidung gegen Japan herumzudrücken.

SPD. Dresden, 16. November (Eig. Drahtb.)

Am Montag-Nachmittag wurde der Direktor des hiesigen Arbeitsamts Dr. Nerschmann von einem seiner Angestellten, den er vor einigen Tagen dienstlich getadelt hatte, überfallen. Der Angestellte, ein gewisser Friedrich, verletzte Nerschmann mit einem dolchartigen Messer durch einen Stich in den linken Unterarm, sodass Nerschmann ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen musste. Friedrich wurde von herbeieilenden Angestellten des Arbeitsamts überwältigt und der Polizei übergeben.

SPD. Am Dienstag-Abend wird zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Sozialdemokratie eine Besprechung über die allgemeine innen- und aussenpolitische Lage stattfinden. Es ist selbstverständlich, dass die Vertreter der Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit auch auf die Mordhetze im Innern Deutschlands hinweisen und die Reichsregierung zu einer entsprechenden Stellungnahme veranlassen werden.

SPD. Dresden, 16. November (Eig. Drahtb.)

Der grosse Automobiltrust in Sachsen ist unter Führung der Sächsischen Staatsbank zustande gekommen. Darüber wird berichtet:

"Zwischen den der Sächsischen Staatsbank nahestehenden Autofabriken, den Horchwerken, Audiwerken, den Zschoppauer Motorradwerken und den der Dresdner Bank nahestehenden Wandererwerken AG. Chemnitz ist grundsätzlich ein Zusammengehen beschlossen worden. Der formelle Abschluss steht aber noch aus und ist noch von einzelnen Bedingungen abhängig. Indessen rechnet man in unterrichteten Kreisen sicher mit dem Zustandekommen des Autotrustes."

SPD. Als Nachfolger des verstorbenen Polizeipräsidenten Lübbring in Dortmund ist der frühere Berliner Polizeipräsident Zörgiebel in Aussicht genommen. Eine Zusage liegt von Zörgiebel jedoch noch nicht vor.

SPD. London, 16. November (Eig. Drahtb.)

Das erste Zugeständnis, das die konservative Mehrheit der Nationalregierung mit ihrem Drängen auf Schutzzölle erreicht hat, wurde am Montag im Unterhaus vom Handelsminister angekündigt. Es ist ein Zugeständnis, das den ursprünglichen Absichten der Regierung zuwiderläuft. Das geht daraus hervor, dass zur Verabschiedung des angekündigten Gesetzes das Arbeitsprogramm des Unterhauses für diese Woche abgeändert werden musste.

Der Handelsminister kündigte an, dass das Handelsamt durch ein Gesetz ermächtigt werden solle, auf solche Artikel, die in Erwartung eines englischen Zolls vom Ausland in verstärktem Mass nach England eingeführt werden, einen Zoll bis zu 100 Prozent des Wertes zu legen. Dieses Ermächtigungsgesetz soll bis Donnerstag verabschiedet und am Freitag vom König unterzeichnet werden. Die Ermächtigung gilt für sechs Monate. Die landwirtschaftlichen Produkte sollen ausgenommen werden, da das Problem der englischen Landwirtschaft gesondert behandelt werden soll. In Aussicht genommen sind in erster Linie Zölle auf Fertigfabrikate. Der Handelsminister fügte zwar hinzu, dass der beste Weg zur Wiederherstellung der englischen Handelsbilanz die Ausdehnung des Exports sei,

sprach aber sonst im Ton der konservativen Pressepropaganda von dem ausländischen "Dumping", dem gesteuert werden müsse.

Es bleibt abzuwarten, ob der Handelsminister bei der Anwendung seiner Vollmachten die ausländische Einfuhr ebenso kritiklos als Dumping betrachten wird wie die erwähnte Presse.

SPD. Darmstadt, 16. November (Eig. Drahtb.)

Der neue hessische Landtag tritt am 3. Dezember zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Nazis beanspruchen für sich als stärkste Fraktion das Amt des Präsidenten.

SPD. Breslau, 16. November (Eig. Drahtb.)

In Würben Kreis Ohlau wurde der Reichsbannermann Schinke von einem Nationalsozialisten überfallen und niedergeschlagen. Zusammenbrechend rief Schinke um Hilfe. Daraufhin schoss ein anderer Nazi blindlings aus einem Gutshof auf herbeieilende Reichsbannerleute. Drei wurden verletzt und mussten ins Breslauer Krankenhaus geschafft werden.

SPD. Saarbrücken, 16. November (Eig. Dr.)

In Saarlouis kam es in der Nacht zum Sonntag zu einer blutigen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Nach einem Wortwechsel feuerte ein Nationalsozialist vier Schüsse auf seine Gegner ab. Es entstand eine Schlägerei. Zwei Nationalsozialisten wurden durch Messerstiche und Fusstritte schwer verletzt. Sie mussten in ein Krankenhaus geschafft werden. Die Haupttäter sind festgenommen.

SPD. London, 16. November (Eig. Drahtb.)

Die Bemühungen, die während des Wochenendes zur Rettung der Indienkonferenz angestellt worden sind, haben den Erfolg gehabt, dass vor der Auflösung der Konferenz ein wichtiger Teil der Arbeiten zu Ende geführt wird.

Die Moslems hatten sich bisher geweigert, die wesentlichen Fragen der Verfassung zu diskutieren, so lange ihre Minderheitsrechte nicht anerkannt seien. Den Bemühungen der liberalen englischen Vertreter auf der Konferenz, die gegen das von den Konservativen betriebene schnelle Aufräumen protestierten, ist es zu verdanken, dass jetzt noch Finanzfragen, solche über das Heer und die Aussenpolitik in der neuen indischen Verfassung weiter diskutiert werden und das Ergebnis in einem abschliessenden Bericht niedergelegt wird. Es soll der englischen Regierung bei der ihr bevorstehenden Aufgabe, von sich aus Indien eine freiheitlichere Verfassung zu geben, als Leitfaden dienen. Damit ist die Konferenz natürlich nicht gerettet. Aber man wird versuchen, alle wichtigen Probleme in Zusammenarbeit mit den indischen Delegierten zu erledigen, bevor man die Konferenz auflöst. Die abschliessende Vollversammlung wird infolgedessen um einige Zeit verschoben.

SPD. Breslau, 16. November (Eig. Drahtb.)

Eine stark besuchte Versammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, die der 50. Wiederkehr des Jahrestages der sozialen Botschaft Wilhelms I. galt, ist von nationalsozialistischen Mitgliedern dieser Organisation ge-

sprengt worden. Redner war der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Thiel, Verwaltungsratsmitglied des DHV.

Wie die katholische "Schlesische Volkszeitung" zu berichten weiss, wurde der Krach von den zahlreich vertretenen NSDAP-Anhängern in sturer Demagogie deshalb herbeigeführt, weil Thiel bei der letzten Abstimmung im Reichstag den Misstrauensantrag gegen die Regierung Brüning nicht unterstützt hat. Thiels Ausführungen, die den Werdegang und die starke Gefährdung der sozialen Gesetzgebung zum Gegenstand hatten, wurden fortgesetzt unterbrochen. Den rüpelhaften Zwischenrufern hielt der Referent entgegen, dass er aus Verantwortungsbewusstsein nicht seine Hand zum Sturze Brünings gereicht habe und dass zur Harzburger Tagung nur solche Persönlichkeiten eingeladen worden seien, die in solchen politischen Fragen aufs engste Tuchfühlung mit Hugenberg gehalten hatten. Ferner wandte sich Thiel heftig gegen die von Nationalsozialisten unternommenen Versuche, den Verband einseitig parteipolitisch festzulegen. Der DHV sehe es auch als seine Verpflichtung an, gewisse sozialpolitische Interessen wahrzunehmen.

Schliesslich versuchten die Nationalsozialisten eine Entschliessung durchzusetzen, in der eine völlig neue Politik und ein Einschwenken in die Harzburger Front verlangt wurde. Als der Ortsvorstand einer Abteilung diese Resolution nicht zuliess, inszenierten die Nazis einen Tumult, sodass die Versammlung geschlossen und der Saal von einem Ueberfallkommando geräumt werden musste.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Hering wandert.

a der Arbeit auf den Fischdampfern - Der Kampf um den Preis.

SPD. In der Ostsee zeigen sich grosse Heringsschwärme. Der Fang ist so reichlich, dass die Fischerflottillen die Beute kaum zu fassen vermögen.

Der Hering wandert! - Riesige Schwärme silbriger Fische liegen in der langen Dünung der Ostsee. An den Zugstrassen der Fische sieht die See wie flüssiges Blei aus. Millionen Fische wandern, getrieben von gierigen Heringshaien und den grossen Schleppnetzen der Fischerflottillen. Heute beobachtet man die Schwärme in der Ostsee, morgen werden sie im Sund gesichtet. Wenige Wochen später tauchen die riesigen Heringsschwärme bei Island auf, an der Grenze des Eismeeres und verschwinden später spurlos im Atlantik.

Die Herbstwanderung der Heringsschwärme ist das beste Fanggeschäft aller Seefischer. Sobald die Wachboote der Seefischereien die unendlichen Fischzüge sichten, mobilisieren Funksprüche die Fischereihäfen. Die gesamte Fischerflottille fährt in die angepeilte oder vermutete Richtung des Fischzuges hinaus. Sobald die ersten Vorpostenschwärme sichtbar werden, gehen die Schleppnetze über Bord. Fischkutter und Dampfer liegen im weiten Halbbogen auf der Lauer, um die Schwärme abzufangen. Es ist ein unheimliches und zugleich faszinierendes Bild, die riesigen Heringszüge blindlings und fast instinktlos in die Netze in den Tod wandern zu sehen.

+

Die Fischfallen der Schleppnetze sind in solchen Fangzeiten bis zum Bersten gefüllt. Riesen- und Rekordfänge frischen neben staatlichen Subventionen die hohen Einnahmen der Reeder der Fischereiflottillen auf. Der Hering, billigstes Volksnahrungsmittel, ist in solchen Zeiten das beste Geschäft aller Fischereiunternehmungen. Selbst gute Fänge grosser Seefische bringen dann nicht den Ertrag, der einen einzigen guten Heringfang ausmacht.

Die Freude der Reeder ist das Leid der Mannschaften auf den Fischdampferflottillen. Die Signale beim Auftauchen der Heringsschwärme sind für diese nur die Aufforderung zu schwerster und opferreichster Arbeit. Man muss das Leben der Seefischer kennen und solchen Fischzügen beigezogen haben, um überhaupt ermessen zu können, welche unerhörte Ausbeutung dort mit den Menschen getrieben wird. Jede zweite Stunde wird zur Ablösung gepfiffen. Die gesamte Mannschaft muss an Deck, die Wintschen haben die Netze eingezogen und nun beginnt mit steifgefrorenen Gliedmassen das Ueberholen der schweren, nassen Netze aus dem eiskalten Wasser. Zehn, zwölf, fünfzehn Mann mühen sich, Tonne um Tonne des Fischreichtums aus dem Meere zu ziehen. Ist die Beute geborgen und das Netz wieder ausgesetzt, bleiben der Freiwache wenige Minuten, damit sie sich im Logis wärmen, und soweit es überhaupt möglich ist, ihre Kleider trocknen kann. Die Wache sortiert unterdessen die Fische und verstaut sie. Dieser Arbeitstrott hält Tag und Nacht, Woche um Woche, bei jedem Wetter an. Fährt endlich die Flottille mit der völlig erschöpften und totmüden Mannschaft in die Häfen, dann müssen die Seeleute auch noch für die Sicherung des Ladegutes Sorge tragen. Und das alles bei heringster Heuer, unter primitivsten Lebensverhältnissen. Die kleinen Fischdampfer rollen schwer in der See und bei der Enge des verfügbaren Wohnraumes, fast jeder Winkel des Schiffes wird zur Aufnahme des Fanggutes hergerichtet, ist von einer geordneten Lebensweise dieser Seeleute auf den

Mischdampfern nicht zu reden.

Früher, als die deutsche Hochseefischerei weder konzerniert, noch im Rahmen von Kartellen betrieben wurde, beteiligte der Unternehmer, der meist nur über einen oder zwei Fischkutter verfügte, die Mannschaft prozentual am Fangertag. Je nachdem, zu welchem Preise die Heringe bei den Auktionen auf den Fischmärkten abgesetzt wurden, fiel dann der Zuschuss zur eigentlichen Heuer aus, Heute ist die Heringfischerei in der Ost- und Nordsee fast monopolartig organisiert und der Seefischer einfacher Lohnproletarier geworden. Bei ganz geringer Heuer hat er eine ungeheure, kraftverzehrende Arbeit zu leisten, ohne für das Risiko, das er bei diesen Fahrten eingeht, auch nur die geringste Gegenleistung zu erhalten.

+

Die deutsche Heringfischerei, wie sie vor allem von den beiden Organisationen "Deutscher Seefischereiversin" und "Verein deutscher Heringsfischereien" betrieben wird, deckt auch bei den allergünstigsten Fangmöglichkeiten nur etwa 25% des Heringsbedarfs im Binnenlande. Die übrigen Heringe müssen eingeführt werden. Hauptlieferanten sind nordische und schottische Fischereien. Zwischen den aus- und inländischen Heringsfischern besteht ein heftiger Konkurrenzkampf vor allem deshalb, weil das Angebot der fremden Heringsfischer oft weit unter dem deutschen Marktpreis für Heringe liegt. Man kann diese Vorgänge auf den Fischauktionen in den Hafenstädten fast täglich studieren. Statt nun durch Ausbau und Erweiterung der deutschen Fischerflottillen eine grössere Belieferung des Inlandsmarktes zu erreichen, versuchen aber die Seefischerei-Organisationen durch Schutzzollmassnahmen die fremde Heringseinfuhr zu drosseln, mit Hilfe der staatlichen Subventionen selbst zu vegetieren und künstlich den Heringspreis hochzuhalten. Ja, in Zeiten grosser Fänge, wenn die Heringe in Massen ziehen, wird sogar das Fanggeschäft gedrosselt, um den Heringpreis zu halten und jede Unterbietung bei den Fischversteigerungen unmöglich zu machen. Die Preisschere zwischen dem Heringpreis auf nordischen Märkten und auf den deutschen Fischmärkten kann nur durch die Kartellierungspolitik der deutschen Fischreeder erklärt werden. In Norwegen kostet die Tonne Heringe, die aus denselben Fanggründen stammt, wie ihn die deutschen Fischer haben, 40 Prozent weniger als auf unseren Märkten.

Der Hering ist in erster Linie Volksnahrungsmittel der minderbemittelten Schichten. Es ist deshalb an der Zeit, jetzt, da der Hering in Millionenscharen zu wandern beginnt und die Fischereien Hochkonjunktoren haben können, daran zu erinnern, dass dieses Volksnahrungsmittel auch zu entsprechend billigen Preisen an den Mann gebracht werden muss.

W.S.

+

+

+

"Besorgnis der Befangenheit."

Ablehnung eines Sachverständigen im Calmetteprozess!

SPD. Lübeck, 16. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen im Calmette-Prozess gehen nun schon in die sechste Woche. Man kann sich fast nicht vorstellen, dass dieser Prozess jemals zu Ende kommt. Täglich ereignen sich neue Zwischenfälle, neue Beweisanträge halten die Prozessbeteiligten dauernd in Atem.

Zu Beginn der Montagssitzung stellte Rechtsanwalt Dr. Giesmer-Berlin den Antrag, Professor Langstein als Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Professor Langstein soll sich dem Redakteur Henning vom "Medizinalpolitischen Pressedienst" dahingehend auf der Strasse geäußert haben, er werde sich bemühen, den Angeklagten Professor Klotz freizubekommen. Der Oberstaatsanwalt schloss sich dem Antrage Dr. Gieszners an. Es wurden dann sowohl Professor Langstein als auch der im Sitzungssaal anwesende Redakteur Henning vernommen. Da sich aus den beiderseitigen Äusserungen ergab, dass Pro-

Professor Langstein eine Aeusserung in dem behaupteten Sinne getan hat, erklärte das Gericht das Ablehnungsgesuch für begründet. Professor Langstein habe sich über die Schuldfrage in einem Sinne geäußert, der bei den Nebenklägern die Besorgnis der Befangenheit hat entstehen lassen. Professor Langstein packte dann seine Akten zusammen und verliess den Sitzungssaal.

Nun ging Verteidiger Dr. Darboven zum Gegenstoss über. Er beantragte die Ablehnung des Sachverständigen Dr. Schmincke. Zur Begründung dieses Antrages verlas er eine Erklärung, die Schwester Anna Schütze am 28. März 1931 über den Besuch Dr. Schminckes im Allgemeinen Krankenhaus Lübeck zu Protokoll gegeben hatte. In diesem Protokoll heisst es: "Am 28. März 1931 mittags 13½ Uhr war Obermedizinalrat Dr. Schmincke aus Neukölln bei mir im Laboratorium.... Nachdem er sich vorgestellt hatte, sagte er gleich, dass er mir helfen wolle. Er führte aus, dass ich als Angeklagte auch verurteilt würde, denn es sei immer so, dass die Kleinen dran glauben müssten. Die Richter ständen unter dem Druck der öffentlichen Meinung und bei einem Freispruch müsse der Staatsanwalt Berufung einlegen.... Er legte mir dann nahe, ihm die volle Wahrheit zu sagen, da er mir doch helfen wolle. Der langen Rede kurzer Sinn war, dass er von mir hören wollte, Professor Deyke hätte aus Versuchsgründen abgeschwächte lebende humane Bazillen ausgegeben, um dadurch eine Immunität hervorzurufen.... Als ich entrüstet sagte, dass Professor Deyke der Letzte wäre, Versuche, die nicht bestimmt unschädlich wären, an Menschen auszuprobieren, berief er sich darauf, dass Professor Deyke Forscher wäre und Versuche machen müsse, um weiterzukommen. Offenbar wollte er mich immer wieder mit der drohenden Verurteilung einschüchtern und zu einer ihm passenden Aussage bringen..."

Rechtsanwalt Dr. Darboven fuhr dann fort, man habe Professor Langstein als Sachverständigen abgelehnt, weil er sich über die Schuld geäußert habe. Das habe aber Dr. Schmincke auch getan, deshalb sei sein Ablehnungsantrag begründet. Rechtsanwalt Dr. Ihde und Rechtsanwalt Dr. Hoffmann schlossen sich diesem Antrage an. Dr. Hoffmann führte noch aus, Dr. Schmincke sei der medizinische Berater der Nebenkläger. Die Verteidigung könne ihn daher nicht als unparteiischen Sachverständigen ansehen. Auch instruiere Dr. Schmincke die Presse in bestimmter Richtung. Der Antrag Rechtsanwalt Dr. Freys, eine Auskunft über den Kieler Tuberkelbazillenstamm einzuholen, sei auf ihn zurückzuführen.

Der Oberstaatsanwalt und die Nebenkläger widersprachen dem Ablehnungsantrag. Dr. Schmincke erklärte, dass er keinesfalls parteiisch, dass er ein Wahrheitsuchender nicht nur im Interesse dieses Prozesses, dass er Sozialhygieniker sei; hier müsse Aufklärung geschaffen werden im Interesse der Menschen, im Interesse der Massen.

Das Gericht lehnte den Antrag Dr. Darbovens ab. Der Vorsitzende führte aus: "Die Vorgänge im Allgemeinen Krankenhaus haben keinen Anlass geboten, den Sachverständigen Dr. Schmincke abzulehnen. Dafür, dass er in unzulässiger Weise die Presse beeinflusst hat, sind keine Tatsachen glaubhaft gemacht worden. Der Umstand, dass er Dr. Frey zur Einreichung des Antrages betreffend den Kieler Stamm angeregt hat, rechtfertigt nicht die Besorgnis der Befangenheit. Denn es handelt sich ja nicht um belastendes Material."

Dann wurde Dr. Wiener vernommen, der am 25. April 1930 das Kind Reiner seziierte. Der Zeuge erklärte: "Von dem Ergebnis der Sektion war ich erschüttert." Rechtsanwalt Dr. Wittern: "Haben Sie Professor Klotz davon unterrichtet?" Dr. Wiener: "Das pflegte ich stets zu tun. Am Nachmittag nach der Sektion rief ich bei Professor Klotz in der Sprechstunde an. Wenn ich mich recht erinnere, habe ich ihm meine Erschütterung über den Sektionsbefund mitgeteilt." Professor Klotz: "Ich kann mich nicht erinnern, erschüttert gewesen zu sein. Ich hatte lediglich den Eindruck, dass die Sektion Zweifel an der Todesursache ergeben hatte." Rechtsanwalt Dr. Wittern: "Wieder ein Fall von Gedächtnisstörung."

Weiterverhandlung am Dienstag.

+

+

+

Verkauf von "R 100"! Das englische Luftfahrtministerium hat das englische Luftschiff "R 100", dessen Schwesterschiff "R 101" vor Jahresfrist in Frankreich verbrannte, an die Firma Elton Levy auf Abbruch verkauft. Das Luftschiff, dessen Bau 8 bis 10 Millionen Mark gekostet hatte, wird verschrottet werden. "R 100" hat im vergangenen Jahr einen gutverlaufenen Flug nach Kanada und zurück gemacht; trotzdem vermochte die Luftschiffahrt in England nicht populär zu werden.

+ + +
Klarheit im Sklarek=Skandal? Im Berliner Sklarek=Prozess gab der Vorsitzende am Montag folgende Erklärung ab: Um Klarheit zu schaffen über die immer wiederkehrende Behauptung der Sklareks, dass sie bei der Uebernahme des Lagers der Städtischen Kleiderverwertungsgesellschaft von der Stadt Berlin betrogen worden seien, sollen alle prominenten Mitglieder des früheren Berliner Magistrats als Zeugen vernommen werden, darunter Oberbürgermeister Böss, Bürgermeister Scholtz, Kämmerer Karding, Lange, Zangemeister, Nydahl und andere mehr. Die Vernehmung von Oberbürgermeister Böss soll am Donnerstag, den 19. November 10 Uhr vormittags beginnen.

Das in dieser Erklärung gekennzeichnete Beweisthema wurde in der Montags=Verhandlung noch einmal durch Vernehmung von Willi und Leo Sklarek und Bürgermeister Kohl umrissen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es richtig sei, dass die Sklareks die Verfehlungen des KVG=Direktors Kieburg decken sollten, weil man sie nicht "herauskommen" lassen wollte, erklärte der angeklagte frühere Bürgermeister Kohl: "Dass die Sklareks manches Auge zudrücken mussten, steht fest".

Ferner wurde noch die Frage erörtert, ob die in den Büchern der Sklareks unter Deckname verbuchten Beträge tatsächlich in die Hände der betreffenden Angeklagten gekommen sind. Leo und Willi Sklarek behaupteten diese von den anderen Angeklagten bestrittene Tatsache mit aller Bestimmtheit: es habe sich bei den Geldern zum Teil um Renngewinne oder Beträge für Wohltätigkeitszwecke, zum Teil aber auch um Deckung für die jeweiligen Lokalbesuche gehandelt. Leo Sklarek erklärte hierzu noch: "Wir sind zu keinem Menschen gekommen und haben etwas angeboten. Die anderen sind effektiv zu uns gekommen."

+ + +
Kapitalistendämmerung. Das Spielkasino in Nizza sucht einen "Bankier". Dass der früher sehr begehrte Posten bereits seit langem verwaist ist, dürfte auf den auch in Monte Carlo festzustellenden schlechten Besuch der Spielsäle an der Riviera zurückzuführen sein. Durch diesen schlechten Besuch der Spielsäle sind nämlich die Wahrscheinlichkeitsgesetze, auf denen die Gewinnchance der Banken beruht, nicht mehr anwendbar. Das Fehlen der leichtsinnigen Spieler und der grossen Masse ohne Gewinnroutine bewirkt, dass die Spielbanken an der Riviera meistens mehr auszahlen müssen, als sie einnehmen. Kürzlich musste das Kasino in Monte Carlo an einen einzigen Spieler 800 000 Mark aushändigen - ohne dass es, wie sonst meist in solchen Fällen, an den folgenden Tagen einen Ausgleich gab.

+ + +
Der "Krieg" auf Korsika. Das gegen die korsischen Banditen eingesetzte Polizeikorps wurde durch Marinetruppen verstärkt. Ueber 100 Personen sind inzwischen verhaftet worden - aber meistens nur Verwandte der Banditen. Ein auf einem Felsen entdecktes Haus des Räuberhauptmanns Spada wurde durch Granaten zerschossen.

+ + +
Raubmord in Bayern. In Baumgarten (Bayern) ermordete der Hausbesitzer Ruppert Mayr aus Gaispach den vom Viehmarkt heimkehrenden 37-jährigen Landwirt Sterrer und beraubte ihn um 2 400 Mark. Der Mörder konnte durch einen Polizeihund aufgespürt und von Gendarmen verhaftet werden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✨

Wir klagen an!

Textilarbeiter und Reichsarbeitsminister.

SPD. Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für die westsächsische Textilindustrie ist eine Ungeheuerlichkeit. Bei den Gewerkschaften aller Richtungen stößt sie auf schärfsten Protest. Wir bringen hier eine freigewerkschaftliche Stimme aus dem Proteststurm.

Für die sächsische Textilarbeiterschaft ist das Hungern durch einen staatlichen Zwangsakt verordnet worden.

Wo liegt das Existenzminimum? Bei den Beamten hat man als Schutzgrenze ein Einkommen von 1500 Mark pro Jahr festgelegt. Darunter liegende Einkommen dürfen vom Gehalts- und Lohnabbau nicht berührt werden. Nach der sächsischen Beamtenordnung fallen in diese Besoldungsgrenze Streckenwärter, Waldhüter usw. In der sächsischen Textilindustrie kann ein Baumwollweber, d.h. ein Facharbeiter, bei voller 48-stündiger Arbeitszeit ca. 1 000 bis 1 100 Mark netto im Jahre verdienen. Somit liegt dieser Facharbeiter bereits 400 bis 500 Mark unter dem als Existenzminimum für die Beamten festgelegten Einkommen. Trotzdem hält Minister Stegerwald es für berechtigt, auch diesen Textilarbeitern 5% abzuziehen.

Der Lohnabbau im Frühjahr dieses Jahres, der 5% für Frauen und 6% für Männer betrug, wurde damit begründet, dass ihm der Preisabbau auf dem Fusse folgen werde. Die Indexziffer ist jedoch in dem gleichen Zeitraum, für den die Löhne um 5 und 6% gekürzt worden waren, nur um 2,6% gefallen. Die damalige Lohnkürzung überstieg somit bei weitem die mit ihr parallel laufende Senkung der Indexziffer. Trotzdem hält der Reichsarbeitsminister eine abermalige Senkung der sächsischen Löhne um 5% für richtig. Die tatsächlichen Verdienste in Westsachsen sehen aber noch viel trauriger aus. So wurden z.B. in der Woche vom 24. bis 30. August dieses Jahres von Webern und Weberinnen Wochendurchschnittsverdienste erzielt, die sich zwischen sage und schreibe 2,95 bis 18,10 Mark bewegten, Gardinenweber, hochqualifizierte Facharbeiter, verdienten in der Zeit vom 6. bis 23.8. Wochenverdienste von 5,40 bis 17 Mark. So und ähnlich liegen die Verdienste auf der ganzen Linie in der sächsischen Textilindustrie. Die Verdienste der Facharbeiter in der Baumwollindustrie bei Vollarbeit liegen zum Teil noch unter den Bezügen der Krisenunterstützungsempfänger in der gehobenen Krisenfürsorge, wenn man in Parallele stellt einen verheirateten Mann mit Frau und Kind.

Die Anträge der Arbeitervertreter, zu prüfen, ob nicht andere Sparquellen vorhanden seien, fanden keine Beachtung, trotzdem der Nachweis erbracht wurde, dass Betriebe mit 800 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 1 213 888 Mark 12 leitende Angestellte beschäftigten, die im Jahre 442 000 Mark an Gehältern bezogen. Wenn nur die ersten 4 Angestellten auf ein Jahresgehalt von je 24 000 Mark gestellt würden, ergäbe dieses für den Betrieb eine Ersparnis von 222 190 Mark. Diese Ersparnis wäre gleichbedeutend mit einer Ersparnis von 19,5% der Jahreslohnsumme der gesamten Arbeiterschaft. Man brauchte in diesem Falle nicht den Lohn des Arbeiters um 5% zu kürzen, sondern könnte sich den "Luxus" erlauben, die Löhne sogar noch um 14,5% zu erhöhen. Es wurde weiter nachgewiesen,

dass Betriebe mit 160 Arbeiterinnen und Arbeitern 4 Direktoren, wovon keiner mit seinem Jahreseinkommen unter 30 000 Mark liegt, durchschleppen müssen. Diese Tatsache war für die Entscheidung des Reichsarbeitsministers scheinbar unbeachtlich, da sie in seiner Begründung mit keinem Wort erwähnt wurde.

Die Begründung der Verbindlichkeitserklärung lässt erkennen, dass die Entscheidung in völliger Unkenntnis des wirklichen Tatbestandes getroffen wurde. So wird der Beweis der Arbeitnehmer, dass der bisherige Verdienst des Vollarbeiters in der Baumwollindustrie zum Teil bereits unter dem Existenzminimum liegt und die Lohnsenkung ihn noch weiter hinabdrücken muss, in der Begründung mit folgenden Sätzen behandelt: "Diese Behauptung wäre vielleicht richtig, wenn man von den Lohnsätzen bei Arbeit im Einstuhlsystem ausgehen würde. Tatsächlich ist die Industrie aber fast restlos zum Mehrstuhlsystem übergegangen, wodurch die tariflichen Löhne, die auf das Einstuhlsystem abgestellt sind, wesentliche Zuschläge erfahren."

Darauf zu erwidern: entweder haben die Sachbearbeiter das, was die Arbeitgeber ihnen unterbreiteten, als wahr und das, was die Arbeitnehmer ihnen sagten, als unwahr unterstellt, oder aber sie sind zumindest in der Berichterstattung dem Minister gegenüber leichtfertig über die wirkliche Sachlage hinweggegangen. Tatsache ist, dass die Mehrstuhlabkommen seit dem Frühjahr von den Unternehmern aufgekündigt sind. In der Frage der Mehrstuhlabkommen besteht auch jetzt noch ein tarifloser Zustand. Der Schiedsspruch hat den Parteien im Beschlussverfahren aufgegeben, nach Zustandekommen des Lohntarifs über die Mehrstuhlabkommen zu verhandeln. War dieser Umstand dem Herrn Minister nicht bekannt, als er seine Entscheidung fällte? Wenn ja, wie konnte er sich auf etwas stützen, was tariflich gar nicht geregelt ist? Hieraus geht hervor, mit welcher "Sorgfalt" und mit welcher "Gewissenhaftigkeit" diese geradezu ungeheuerliche Entscheidung getroffen wurde.

Der Reichsarbeitsminister hat mit seiner Entscheidung einseitig gegen die Arbeiterschaft einen Schlag und zwar über die Grenze des Zulässigen hinaus geführt und damit das Vertrauen weiter Bevölkerungsschichten in sein Ministerium erschüttert.

So ist Deutschland nicht zu retten, Herr Reichsarbeitsminister!

SPD. Die Altersgrenze für Staatsangestellte liegt nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin bei 65 Jahren. Das Gericht stützte sich bei seiner Entscheidung auf einen Passus im Zusatzabkommen zum Tarifvertrag, wonach Angestellte, die nach dem 65. Lebensjahre neben der Altersrente der AV die Zusatzrente für Staatsangestellte empfangen, diese Rente auf ihr Gehalt anrechnen lassen müssen, wenn sie ausnahmsweise aus zwingenden dienstlichen Gründen länger als bis zum 65. Lebensjahr beschäftigt werden."

Der preussische Angestelltentarif enthält keine Bestimmung über eine Altersgrenze für die Behördenangestellten.

SPD. Die am Montag stattgefundenen Nachverhandlungen über den Schiedsspruch für die Reichsbahnarbeiter brachten, wie vorauszusehen war, nicht das geringste Ergebnis. Der Schiedsspruch wird sicherlich für verbindlich erklärt.

Damit sind die Lohnverhandlungen für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe abgeschlossen. Ihr Ergebnis lautet: 4 1/2% Abbau.

SPD. Vor fünfzig Jahren - am 17. November 1881 - wurde durch die Botschaft Kaiser Wilhelm I. der Grund zur deutschen Sozialversicherung gelegt. Heute möchten die Lobredner des alten Regimes die deutsche Sozialversicherung am liebsten in Stücke reißen. Sie sind noch tausendmal reaktionärer als das alte Regime selbst. Noch ist ihnen ihr Vorhaben nicht gelungen. Die Sozialversicherung ist jedoch bedroht. Der Reichsarbeitsminister will, wie er wiederholt erklärt hat, die Sozialversicherung durch eine Reform über die Krise hinwegretten. Ueber seine Reformpläne macht er jetzt in einem aus Anlass des Jubiläums der deutschen Sozialversicherung veröffentlichten Artikel einige beachtenswerte Andeutungen.

Der Minister sagt, die Schwierigkeiten der Sozialversicherung seien zum Teil eine Folge des Missverhältnisses zwischen den jetzt möglichen Einnahmen und den früher festgesetzten Leistungen, zum Teil eine Folge organischer Mängel im Bestand und Aufbau der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden. Mit den geringen Mitteln, die eine im Niedergang begriffene Wirtschaft aufzubringen vermöge, könnten keine Leistungen bewirkt werden, die in der Zeit einer wirtschaftlichen Scheinblüte vorgeschrieben worden seien. Wenn die Leistungen auf den natürlichen Stand zurückgingen, dann würden die Versicherten aus ihren Beiträgen zwar einen geringeren Nutzen, diesen aber sicher haben. Sinn einer vernünftigen Deflation sei Reinigung, nicht Zerstörung. Für die Reinigung auf dem Gebiete der Leistungen würden die Invaliden- und Unfallversicherung den Ausgangspunkt bilden. Die organischen Aenderungen würden durch die Verhältnisse der Krankenversicherung aufgedrängt. "Haben die Versicherungsämter", so fragt der Minister, "die Erwartungen, welche die Reichsversicherungsordnung auf sie gesetzt hat, erfüllt? Die Notverordnungen vom Juni und Dezember v. J. mussten zur Reinigung der Krankenversicherung den Versicherungsämtern Befugnisse nehmen und auf die Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt übertragen. Der Reinigungsprozess kann noch nicht als abgeschlossen gelten. Ist für die heutigen Verhältnisse noch die gegenwärtige Zahl der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften und der Landesversicherungsanstalten erforderlich? Selbst wenn in der Zusammenlegung von Gebietsversicherungsträgern der Sparerfolg nicht gleich sichtbar würde, der Leistungserfolg wäre sofort greifbar: die Verwaltung wird besser, sorgfältiger und wirksamer werden. Die Aenderungen auf dem Gebiete der Leistungen und der Organisation müssen als ein unmittelbares Ganze angesehen werden. Die Reform findet in der Reinigung ihr Ziel und ihre Grenze."

Das Wichtigste erfährt man auch aus diesen Mitteilungen des Reichsarbeitsministers über die Sozialreformpläne der Regierung nicht. Eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung wird längst von den Gewerkschaften selbst gefordert. Sie verlangen seit Jahren Beseitigung der Zwergkassen und darüber hinaus eine zweckmässigere Gestaltung der Sozialversicherung, damit die Betreuung der Versicherten billiger und prompter vor sich gehen kann. Sie verlangen aber auch massgebenden Einfluss der Versicherten. Wie steht's mit ihm in der "Reform"?

Der "Reinigungsprozess" in der Sozialversicherung soll sich nach der Mitteilung des Ministers auch auf die Leistungen erstrecken. Die Versicherten - betont der Minister - sollen einen zwar geringeren, aber sicheren Nutzen haben. Mit einem so allgemein gehaltenen Versprechen ist nicht viel anzufangen. Gegenüber den Leistungsabbauplänen für die Sozialversicherung muss man ebenso wie gegenüber dem Lohnabbau fragen: Wie weit soll denn abgebaut werden? Wo ist die Grenze? Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress erklärte der Reichsarbeitsminister, er könne, wenn er den "Kern" der Sozialversicherung retten wolle, natürlich nicht die Leistungen zu 100% aufrecht erhalten. Dass in einer Krise Verluste hingenommen werden müssen, ist auch den Gewerkschaften geläufig. Auch sie wissen, dass man z. B. in einer Krise niemals den Lohn voll aufrecht erhalten kann. Es gibt aber auch einen Lohnabbauwahnsinn, und es gibt verschiedene Kerne, grosse und kleine, Kirschkerne und Pflaumenkerne, und Kerne, an denen auch nicht mehr eine Spur Fleisch zu entdecken ist.

In dieser Woche will das Kabinett zu den Reformvorschlägen des Reichsarbeitsministeriums Stellung nehmen. Hoffentlich wird nun die Öffentlichkeit bald klaren Weis eingeschenkt bekommen.

SPD. In dem Tarifkonflikt der Herren- und Damenschneiderei ist in den am Sonnabend zu Ende geführten Verhandlungen kein Resultat erzielt worden. Ein Einigungsvorschlag des Unparteiischen Dr. Brahn wurde von beiden Parteien abgelehnt, und der Reichstarifvertrag ist am 15. November abgelaufen. Infolge des Auseinanderfallens der Hauptvertragsparteien ist nun der Tarifkonflikt von den Zentralstellen in die Tariforte - über 200 - verlegt werden. Betroffen werden von dem Konflikt etwa 40 000 Berufsangehörige.

Der Einigungsvorschlag sah ausser verschiedenen weiteren Verschlechterungen im Positionsschema für die Herren- und Damenschneiderei noch den Doppeltarif für die Herrenschneiderei vor. Von den Arbeitervertretern wurde der Vorschlag vor allem deshalb abgelehnt, weil sie gegen die Einführung des Doppeltarifs sowohl grundsätzliche wie arbeitsrechtliche Bedenken haben. Bei Einführung des Doppeltarifs würde die hiervon betroffene Arbeiterschaft noch eine weitere Lohnkürzung um 15 % hinnehmen müssen. Das würde bedeuten, dass die Arbeiter, die nach dem Doppeltarif arbeiten müssen, nach der erfolgten Kürzung im Lohn und den Kürzungen im Positionsschema eine 25 bis 30%ige Lohnkürzung zu tragen hätten.

Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab, weil er ihnen in materiel-
ler Hinsicht noch nicht weit genug ging. Der Arbeitgeberverband erwartet vor allem eine Zurückversetzung einer grossen Anzahl von Städten in eine niedrigere Städtegruppe.

SPD. Was wird aus dem Tarifkonflikt im Westen? Dort ist im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie, einschliesslich der Angestelltenschaft, deren Gehaltsregelung ebenfalls zu Ende des Monats gekündigt ist, für nicht weniger als 400 000 Menschen die Einkommensfrage akut geworden.

Im Bergbau sieht die Situation folgendermassen aus: Die Zechenbesitzer wollen einen erheblichen Lohnabbau. Was sie fordern, kann und wird der Schlichter ihnen nicht geben. Allein kann er aber keinen Schiedsspruch fällen. Werden nun die Arbeiter mit ihm gehen? Die Bergarbeiter wehren sich gegen jeden Lohnabzug. Damit wäre also keine Möglichkeit zu einer Beilegung des Konflikts durch einen Schiedsspruch gegeben. Unter diesen Umständen müsste automatisch ab 1. Dezember ein tarifloser Zustand im Ruhrbergbau eintreten. Die Grubenherren haben sich mit ihrer Kündigung bereits auf diese Möglichkeit eingestellt, weil sie nicht bei einem tariflosen Zustand die bisherigen Tariflöhne weiterzahlen wollen.

Kommt es wirklich zu einem tariflosen Zustand? Die Zechenbesitzer glauben anscheinend daran. Die Bergarbeiter warnen, es so weit kommen zu lassen, da dann niemand mehr mit der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens im Ruhrgebiet zu rechnen vermöchte. Sie erklären, die Arbeiter haben in der Krise bis jetzt übermenschliche Opfer gebracht. Nun sei die Reihe an der anderen Seite.

In Nord-West sind seit Juni 1929 43,2% Arbeiter entlassen worden. Von den jetzt Beschäftigten stehen etwa 70% in Kurzarbeit. Der Arbeiter bezieht in Nord-West durchschnittlich nur noch einen Lohn von 156,70 Mark. Eine Erhebung über Verdienst und Ausgaben, die im Nord-West-Bezirk für den Monat September durchgeführt wurde, ergab in vielen Fällen nach Abzug der Beiträge, der Miete usw. nur noch Restbeträge für Ernährung und Kleidung in Höhe von 1 oder 2 Mark pro Tag, von 4 1/2 Mark (bei Höchstverdienst) für 6 Köpfe, von 4 Mark für 9 Köpfe, von 2 Mark für 5 Köpfe in der Familie.

Angesichts solcher Zahlen noch einen neuen Lohnabbau zu verlangen, kommt einem Verbrechen gleich,



Kampf um den Eisenpreis.

Die unterschlagenen Avi-Rückvergütungen - Wieder einmal Frachtbasis Oberhausen.

SPD. Die Harthäckigkeit, mit der die Reichsregierung im Wirtschaftsbeirat auf eine Verwässerung des Gedankens der Lohntarife hinarbeitet, steht in auffälligem Gegensatz zu der Passivität, die sie gegenüber den zollgeschützten Agrarpreisen und den industriellen Kartellpreisen an den Tag legt. Versagt hat die Reichsregierung vor allem gegenüber der Notwendigkeit, auf die stark erhöhten Eisenpreise zu drücken. hier haben sich einfach untragbare Verhältnisse entwickelt.

Die deutschen Inlandseisenpreise, die nur unwesentlich im Januar dieses Jahres gesenkt wurden, sind heute um mehr als 100 Prozent höher als die Weltmarktpreise. Gegenüber einem deutschen Syndikatspreis von 128 Mark für die Tonne Stabeisen beträgt der Weltmarktpreis nur 60 Mark, also weniger als die Hälfte. Das bedeutet, dass alle inländischen Eiseninvestitionen gewaltig überteuert werden. Das trägt ohne Zweifel gewaltig zur Verschärfung der Krise bei. Wer will in Deutschland neue Anlagen schaffen, wenn er weiss, dass er viel zu teuer baut? Änderungen müssen hier unbedingt erfolgen. Man hat aber bisher nicht erfahren, in welcher Weise die Regierung die Eisenwirtschaft zu bereinigen gedenkt. Alles schwebt im Dunkeln. Während hinsichtlich der Löhne und Lohn-tarife bei der Regierung anscheinend ein fest umrissenes Programm vorliegt, das aller Wahrscheinlichkeit nach bestimmten Unternehmungen die Möglichkeit geben soll, die geltenden Lohntarife um 20 Prozent zu unterschreiten, ist bisher noch nicht bekannt geworden, was man zur Senkung der Eisenpreise tun will.

Allerdings machen sich in der Eisenwirtschaft bestimmte Auseinandersetzungen bemerkbar. So fordern z.B. die Eisenverarbeiter in Ost- und Norddeutschland, die sich besonders benachteiligt fühlen, eine andere Preisstellung. Andererseits ist zu beobachten, dass die Schwerindustrie bisherige Vergünstigungen gegenüber den Kleinabnehmern abbaut. Wahrscheinlich, um sich gegenüber Preis-senkungen, die schliesslich mal erfolgen könnten, schadlos zu halten. Zwischen der eisenerzeugenden und der eisenverarbeitenden Industrie besteht das sogenannte Avi-Abkommen. Nach diesem Abkommen erhalten die Eisenverarbeiter auf die Eisenmengen, die sie für den Export verarbeiten, eine Vergütung, und zwar richtet sich diese Vergütung nach der Differenz zwischen dem deutschen Inlandspreis und den Weltmarktpreisen. Dieses Abkommen wird von der Schwerindustrie heute bereits nicht mehr voll eingehalten. Trotzdem die Weltmarktpreise sinken, sind die Rückvergütungen seit März dieses Jahres nicht mehr erhöht worden. Die Verarbeiter müssen also für ihr Exporteisen 20 Mark pro Tonne mehr zahlen, als die gegenwärtigen Weltmarktpreise betragen. Das ist ein besonderes Beispiel dafür, wie die deutsche Schwerindustrie den deutschen Warenexport fördert. Darüber hinaus hat die Eisenindustrie bereits in der letzten Zeit kleineren Abnehmern, besonders Abnehmern aus der Kleisenindustrie, die Rückvergütungen nicht mehr gewährt. In Zukunft will sie die kleinen Abnehmer ganz von dieser Rückvergütung ausschliessen. Das liegt alles auf der Linie der schwerindustriellen Politik, die Rückvergütungen einzuschränken. Dass das eine ungeheure Gefahr für unsere eisenverarbeitende Industrie und für unsere Arbeitsmärkte ist, versteht sich wohl von selbst. Volkswirtschaftlich ist es

schon eine schwere Beeinträchtigung, dass die gesamten inländischen Anlagen durch die Preispolitik der Schwerindustrie masslos verteuert werden. Führt die Schwerindustrie ihre oben gekennzeichnete Politik durch, dann beeinträchtigt sie auch noch die Wettbewerbsfähigkeit der eisenverarbeitenden Industrie in Deutschland, also vor allem des Maschinenbaus, der Kleineisenindustrie und des Fahrzeugbaus auf den Weltmärkten.

Der andere Streitpunkt, der sich herausgestellt hat, betrifft die Preisstellung in dem mitteldeutschen und der ost- und norddeutschen Verbrauchsgebiet. Es hat sich da folgender grotesker Zustand herausgebildet: Die in diesem Verbrauchsgebiet liegenden Eisenwerke, z.B. Lauchhammer, Henningsdorf bei Berlin, Brandenburg a.H. und Ilsederhütte genossen bisher eine Vergünstigung. Für alle ihre Lieferungen wurde die sogenannte und viel erörterte Frachtbasis Oberhausen zugrunde gelegt. Wenn nun ein Eisenverarbeiter in Berlin Eisen aus Brandenburg a.H. erhält, so ist tatsächlich als Unkosten nur die Fracht von Brandenburg bis Berlin entstanden. Nach der Frachtbasis Oberhausen wird aber die Fracht von Oberhausen (Rheinland-Westfalen) bis Berlin in Anrechnung gebracht. Der Eisenbezieher wird also zuviel - um die Strecke Oberhausen bis Brandenburg - belastet. Das Eisenwerk erhält einen grossen Vorteil. Begründet wurde das damit, dass es sich bei den mitteldeutschen Werken - was zumeist garnicht zutrifft - um wenig moderne Werke handelt, die unter ungünstigeren Produktionsbedingungen als die rheinisch-westfälischen Werke arbeiten und ohne diese Produktionsvergünstigung nicht existieren könnten. Dass die Werke weniger modern sind, trifft, wie bereits gesagt, nicht zu. Auch sonst hat sich das Bild völlig verändert. Diese Werke sind zumeist Siemens-Martin Werke. Sie verarbeiten vor allem Schrott. Der Schrott ist aber heute spottbillig. Die Werke profitieren also an dem Tiefstand der Schrottpreise in ihrem Bezirk und so kommt es, dass die Produktionskosten dieser Werke heute bedeutend niedriger sind als bei den modernsten westfälischen Hüttenwerken, die teure Erze verhütten müssen. Trotzdem bleiben die Vergünstigungen für diese Werke bestehen.

Die Abnehmer fordern nun mit Recht eine Korrektur dieser ungerechtfertigten Ueberteuering. Die Schwerindustrie aber verweigert die Aufgabe der bisherigen Frachtbasis Oberhausen für Mittel- und Ostdeutschland, da sie keinerlei Erlösminderung in Kauf nehmen will. Man sieht aus diesem Konflikt, zu welcher unhaltbaren Zuständen und zu welchem wirtschaftlichem Widersinn die Monopolpolitik der Schwerindustrie geführt hat. Aufgabe der Regierung ist, zu nächst alle Uebergriffe der Eisenerzeuger, z.B. den Abbau der Avi-Rabatte gegenüber den kleineren Abnehmern zu verhindern, damit sich die Arbeitsmärkte nicht weiter verschlechtern. Darüber hinaus muss endlich die Reorganisierung der deutschen Eisenwirtschaft in Angriff genommen werden. Es ist höchste Zeit, dass man die deutschen Inlandspreise ganz radikal heruntersetzt, um die Spanne zwischen dem deutschen Preis und den Weltmarktpreisen zu verringern. Notwendig ist auch, dass der unwirtschaftliche, lediglich von Konzerninteressen beherrschte Handelsapparat aufgelockert wird. Diese Massnahmen sind notwendig, wenn unsere Volkswirtschaft gesunden soll.

SPD. Der Ausfuhrüberschuss in der deutschen Handelsbilanz hat sich auch im Monat Oktober weiter erhöht und einen neuen Rekordstand erreicht; aber man muss sagen, dass das Rätsel um den deutschen Ausfuhrüberschuss damit nur noch komplizierter wird.

Die Hauptpositionen für den deutschen Aussenhandel im Monat Oktober sind folgende: Die Einfuhr im reinen Warenverkehr machte 482,8 Millionen Mark gegenüber 448,4 Millionen Mark im Vormonat. Die Ausfuhr stellt sich auf 878,7 Millionen Mark gegenüber 835 Millionen Mark. In der Ausfuhr stecken im Monat Oktober Reparationslieferungen für 12,9 Millionen Mark gegenüber 23,2 Millionen Mark im Vormonat. Es ergibt sich also für den Monat Oktober ein

Exportüberschuss in der Rekordhöhe von 383 Millionen Mark. Rechnet man die Reparationsachlieferungen mit, so steigt dieser Ueberschuss auf 396 Millionen Mark.

In der Zeit von Januar bis Oktober 1931 ist im deutschen Aussenhandel ein Ueberschuss von rund 2 358 Millionen Mark erzielt worden. Davon entfallen 347 Millionen Mark auf Reparationslieferungen. Von den verbleibenden rund 2 000 Millionen Mark sind noch gewisse Abschläge für die Ausfuhrüberschüsse gegenüber Russland zu machen, die, schon weil die Lieferungen nach Russland auf dem Wege langfristiger Kredite durchgeführt werden, nicht unmittelbar devisenproduzierend sind. Aber auch wenn man diese Summen weg lässt, ergeben sich derartig hohe Exportüberschüsse, die im krassen Gegensatz zu der Tatsache stehen, dass die Reichsbank - in der zweiten Novemberwoche ist das wiederum der Fallstärkste Devisenverluste zu verzeichnen hat. Sicherlich taugt das Stillhalteabkommen nicht. Es hat sich ergeben, dass die Abmachungen ungenügend sind. Aber man kann auch den Verdacht nicht von sich weisen, dass anderweitig Devisen ins Ausland rutschen und dass sich im engsten Verein mit dem Handel über die Grenze eine nicht unbeträchtliche Kapitalflucht vollzieht. Die Löcher, durch die das Kapital nach dem Ausland geht, sind ohne Zweifel bei weitem noch nicht gestopft. Es scheint der Fall zu sein, dass Importdevisen zu weitherzig zugeteilt werden und zwar in der Art, dass die Zuteilung von Importdevisen auf einen weitzurückliegenden Zeitpunkt abgestellt ist, dem der heutige Import gar nicht mehr entspricht. Die Reichsregierung, die ja eine neue Verschärfung der Devisenverordnung vorbereitet, sollte sich mal um diese Masche im Devisen-netz kümmern. Die Gegensätze zwischen der Devisenbilanz und unserem Aussenhandel legen den Verdacht nahe, dass hier nicht alles in Ordnung ist.

Einfuhr und Ausfuhr sind dieses Mal gestiegen und zwar muss die mengenmässige Steigerung weit grösser sein als die wertmässige, da sich der Durchschnittswert der Einfuhr als auch der Durchschnittswert der Ausfuhr (bei der Einfuhr um 3,2 Prozent und bei der Ausfuhr um 2 Prozent) vermindert hat.

Es liegt nahe, die gestiegene Einfuhr als Erfolg für die englische Pfundentwertung in Anspruch zu nehmen. Der Bericht des Reichswirtschaftsministeriums macht auch eine Anmerkung, dass der bei einzelnen Ein- und Ausfuhrwaren z.B. bei der Einfuhr von Kohle festzustellende Rückgang der Durchschnittswerte auf Auswirkungen der Währungsentwertung in England hinweise. Wenn das Reichswirtschaftsministerium den zahlenmässigen Beweis dafür erbringen sollte, würde ihm das schwerfallen. Ganz besonders bei der Kohle. In der Belieferung der bestrittenen Gebiete durch die rheinisch-westfälischen Kohlenzechen ist eine Aenderung, die mit einem stärkeren englischen Kohlenexport, der in diesem Jahre überhaupt weit geringer sein wird als im Vorjahre, zu begründen wäre, nicht festzustellen. Ausserdem wird ja auch die Verbilligung der englischen Exportkohlenpreise durch eine Erhöhung der Seefrachten weitgehend ausgeglichen. Man kann aus der Entwicklung des deutschen Aussenhandels im Oktober entnehmen, dass die englische Pfundentwertung greifbare Wirkungen bis jetzt nicht gehabt hat. Soweit man solche Wirkungen konstruieren könnte, erscheint es geradezu lächerlich, wenn man sie benutzen wollte, um Lohnkürzungen durchzusetzen.

Die Erhöhung der Einfuhr entfällt auf vermehrte Lebensmitteleinfuhr (Südf Früchte, Obst, Kaffee, Schmalz, Eier). Ausserdem hat sich die Fertigwareneinfuhr erhöht und zwar von 84,8 Millionen Mark auf 94,8 Millionen Mark. Daran ist die Textilfertigwareneinfuhr, die man immer wieder für die Auswirkungen des englischen Valutadumpings reklamiert, nur mit der Kleinigkeit von 2,3 Millionen Mark beteiligt. Die Rohstoffeinfuhr ist wert,ässig von 227,5 Millionen Mark auf 224,66 Millionen Mark zurückgegangen.

Für die Erhöhung der Warenausfuhr kommt dieses Mal ausschliesslich die Fertigwarenausfuhr in Frage. Sie hat sich von 646,3 Millionen Mark im September auf 690,6 Millionen Mark im Oktober erhöht. Damit ist im Oktober die grösste Fertigwarenausfuhr erfolgt. Sie reicht an den Stand vom Dezember 1930 heran.

SPD. Im Rahmen der Arbeiten im Wirtschaftsbeirat hat die Reichsregierung eine Reihe von Sachverständigen aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen hinzugezogen, um sie zu den einzelnen Fragen zu hören. In diesem Zusammenhang taucht ein Gerücht wieder auf, wonach die Regierung auf Pläne zurückgegriffen hat, die eine Zeit lang im Reichsarbeitsministerium erörtert wurden und die darauf abzielten, die Lohntarife "elastischer" zu machen. In besonderen Fällen z.B. wo der Beweis erbracht wird, dass das Unternehmen infolge irgendeiner Notlage den Tariflohn nicht zahlen kann, soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Tarif zu unterschreiten; wie es heisst, bis um 20 Prozent.

Wir können nur vor solchen Plänen warnen. Man würde damit die Arbeiter unter ein Sonderrecht stellen. Ausserdem hat ja heute schon jedes Unternehmen nach dem bürgerlichen Recht die Möglichkeit, wenn es einen Vertrag - Lohntarif ist Vertrag - nicht halten und den Beweis dafür erbringen kann, entsprechende Vereinbarungen mit den Tarifkontrahenten zu treffen und entsprechende Abänderungen herbeizuführen. Diese Möglichkeit genügt vollständig, um einer wirklichen Notlage gerecht zu werden. Ein Ausnahmerecht für den Lohntarif ist völlig unnötig und muss aufreizend wirken. Ausserdem birgt die verlangte "Elastizität" die Gefahr, dass die Tarife allgemein um den von der Regierung angenommenen Satz unterschritten werden.

SPD. Im Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat gehen seit längerer Zeit heftige Auseinandersetzungen vor sich, die zu guterletzt damit zusammenhängen, dass das Syndikat nicht im entferntesten dem Kohlenwirtschaftsgesetz entspricht und selbstverständlich auch nicht den Vorstellungen, die man sich wohl allgemein von der Bewirtschaftung der Kohle durch die öffentliche Hand macht.

Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat ist nichts anderes als eine Schreibstube, ein sogenanntes Verrechnungssyndikat. Es hat mit dem Verkauf und der Produktion nichts zu tun, sondern registriert den Verkauf nur, wenn er abgeschlossen ist. Der Verkauf ist auf ein Dutzend Handelsgesellschaften konzentriert, die wiederum von den grossen Braunkohlenkonzernen, d.h. von den Grossaktionären derselben kontrolliert werden. Es ist bekannt, dass diese grossen Handelsgesellschaften äusserst teuer arbeiten, die Kohle verteuern und den besagten Grossaktionären Riesengewinne zuschanzen. Die Konzentration des Verkaufs hat zur Folge, dass der selbständige Grosshandel willkürlich oder garnicht beliefert wird. Dadurch scheidet man die Konkurrenz aus. Das ist eine Angelegenheit, über die nun schon jahrelang Klage geführt worden ist. Eine Abstellung dieser Klagen wussten die Grossaktionäre im Interesse ihres Geldbeutels zu verhindern. In der Krise hat sich nun herausgestellt, dass sich die Handelsgesellschaften gegenseitig unterbieten und zwar in weitgehender Weise. Das Reichswirtschaftsministerium hat aus diesem Unterbieten den Schluss gezogen, dass die Preise der Handelsgesellschaften stark überteuert sein müssen, weil sie sich ja sonst nicht diese Unterbietungen leisten könnten, und fordert von ihnen einen entsprechenden Preisabbau. Damit soll sich nicht darüber täuschen, ist die Frage der Reorganisation des ganzen mitteldeutschen Syndikats aufgeworfen worden. Wahrscheinlich wird sich der Reichskohlenrat demnächst mit der Angelegenheit beschäftigen, da hier der Antrag der Arbeitnehmervertreter auf Preissenkung bereits vorliegt.

SPD. Die Reichsregierung erwägt den Plan, den Futtergerstenzoll herunter zu setzen. Auch soll der Preis für Mais, wofür ein Monopol besteht, verbilligt werden. Man will dadurch den Viehzüchtern entgegen kommen und ausserdem die knappen Roggenbestände, für die infolge der Ueberteuering der Futtermittel die

Gefahr besteht, dass sie in zu grossen Mengen der Viehfütterung zugeführt werden, mehr zur Brotversorgung für die Bevölkerung heranziehen. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat vor einigen Tagen entsprechende Anregungen an die Regierung gegeben.

Die Regierung denkt im übrigen daran, das Nachtbackverbot aufzuheben, nur für die grossen Brotfabriken. Man will die Brotversorgung vereinfachen und verbilligen und zwar so, dass die Brotfabriken, die ja das Brot billiger herstellen als die Bäcker, sich auf das Backen beschränken, während die Bäcker bei denen der Brotvertrieb billiger als bei den Brotfabriken ist, nur den Vertrieb übernehmen. Die Folge könnte sein, dass sich die Bäcker in Genossenschaften zusammenschliessen, die das von ihnen zu verkaufende Brot in Brotfabriken herstellen lassen, während sich die Bäcker selbst auf die Produktion von Klein- und Weissgebäck beschränken. In Dänemark ist das z.B. üblich. Es sollen weiter Sicherungen geschaffen werden, dass die Aufhebung des Nachtbackverbotes, die nur für die Brotfabriken gelten soll, nicht dazu benutzt wird, um das Ueberschichtenunwesen der Vorkriegszeit bei den kleinen Bäckereien wieder einreissen zu lassen. Die Aenderung soll auf dem Wege der Notverordnung durchgeführt werden.

Man wird die Notverordnung abwarten müssen, um den Wert dieser Sicherungen zu beurteilen. Die Regierung führt für die Aufhebung des Nachtbackverbotes an, dass es zu einer Brotverbilligung beitrage. In diesem Zusammenhang muss man aber auf die Zustände auf den Getreidemärkten aufmerksam machen. Am Montag war z.B. auf dem Berliner Getreidemarkt prompter Roggen so gut wie gar nicht angeboten. Mit dem Roggenangebot sähe es überhaupt schlimm aus, wenn nicht die Regierung öfter mit russischem Roggen einspränge.

Am Montag haben sich die Roggenpreise und auch die Roggenmehlpreise stark erhöht. So geht das fast Tag für Tag. Verbilligungen, die man durch Aufhebung des Nachtbackverbotes erreicht, werden also durch die Preistreiberien an den Produktenbörsen illusorisch gemacht. Die Bäckergesellen müssten, wenn dieses Treiben anhält, auf das Nachtbackverbot verzichten, während der Konsument davon nichts hat. Wir fühlen uns verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass jede Massnahme zur Brotverbilligung umsonst ist, wenn sie nicht durch eine Zollherabsetzung und durch eine stärkere Einfuhr bzw. Einkauf von Getreide aus dem Auslande begleitet ist.

SPD. Den ersten Montanverlustabschluss veröffentlicht die Gutehoffnungshütte. Unter Einfluss der schlechten Konjunktur hat sich die Eisen- und Stahl-erzeugung um rund 38 bis 39 Prozent vermindert. Bei der Kohlenförderung liegt ein Rückgang um 23,5 Prozent vor. Insgesamt errechnet sich ein Umsatzrückgang von 33,39 Prozent. Der Betriebsgewinn betrug im Vorjahre noch 11,39 Millionen; im vorigen Jahre hatte man auch die Dividende von 7 auf 10 Prozent erhöht. Jetzt wird ein Betriebsgewinn von eben 13 000 Mark ausgewiesen. Es ergibt sich ein Verlust von 2,99 Millionen Mark, der von der Nürnberger Holdingsgesellschaft der Gutehoffnungshütte, die im wesentlichen die Verarbeitungsindustrie umfasst, übernommen werden muss. Die Nürnberger Gesellschaft weist einen Gewinn von 4,19 Millionen Mark (Vorjahr 4,77 Millionen Mark) aus. Es verbleiben nach Deckung des Oberhausener Verlustes noch rund 1,99 Millionen Mark. Da die Abschreibungen bei der Nürnberger Gesellschaft aber von 1,45 Millionen auf 2,63 Millionen Mark erhöht werden, ergibt sich ein Verlust von rund 800 000 Mark. Das Ergebnis ist dadurch stark beeinträchtigt worden, dass die Maschinenfabrik Augsburg=Nürnberg für dieses Jahr dividendenlos geblieben ist.

Angebot fehlt.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Nov.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse fehlte es am Montag völlig an Angebot von promptem Roggen. Da die Mühlen anscheinend schlecht versorgt sind und gute Kauflust zeigten, gingen die Preise um 3 Mark in die Höhe. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft war die Stimmung etwas ruhiger. Hier machten sich nur zu Beginn für die Dezemberlieferungen grössere Preisgewinne bemerkbar, die jedoch im späteren Verlauf der Börse wieder verloren gingen. Auch Weizen zeigte im Zeithandel keine wesentlichen Veränderungen. Prompter Weizen war gleichfalls knapp angeboten und konnte seinen Preisstand um etwa 1 Mark befestigen. Im Mehlgeschäft war wenig Bewegung festzustellen; die Kauflust blieb gering. Für Weizenmehl lauteten die Forderungen unverändert, während für Roggenmehl etwa 25 Pfennig mehr verlangt wurde. Hafer hatte stetige Tendenz; das Geschäft blieb ziemlich ruhig.

	14. Nov.	16. Nov.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	222 - 225	223 - 226
Roggen	193 - 195	196 - 198
Braugerste	169 - 176	168 - 176
Futter- und Industriergerste	165 - 168	164 - 167
Hafer	145 - 149	145 - 149
Weizenmehl	28,50 - 32,50	28,50 - 32,50
Roggenmehl	26,75 - 29,00	26,90 - 29,10
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 238, März 247-246½, Roggen Dezember 207-206, März 212½. Hafer Dezember 159½-158½, März 169¼-168½ und Brief.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 16. November: **A. Deutsche Eier:** Trinkeier, vollfrische gestempelte, über 65 gr 14,25, über 60 gr 13,75, über 53 gr 12,75, über 48 gr 10,75, frische Eier über 53 gr 11,75, aussortierte, kleine und Schmutzeier 7 - 8. **B. Auslandseier:** Dänen 18er 13,50, 17er 13, Litauen grosse 10-11, normale 8,50 - 9. Rumänen 7,75 - 10,50, Russen normale 9,25 - 9,50, Polen normale 8 - 8,50, abweichende 8 - 8,50, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7,50. **C. In- und ausländische Kühlhauseier:** extra grosse 11 - 11,50, grosse 9,75 - 10,50, normale 6,25 - 7,50, kleine 5,50. **D. Kalkeier:** extra grosse 9,25, grosse 8,25, normale 6,25 - 6,75. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe. Tendenz: ruhig.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierungen vom 16. Nov. je Zentner waggonfrei märkischer Station. Weisse 1,30-1,40, rote 1,40-1,60, Odenwälder Blau e 1,60-1,80, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,70-2,00, Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 7 - 8 Pfg.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 16. November 1931

Das Aergernis.^x

SPD. An der Rheinbühne oberhalb des Dorfes hatten die Honoratioren sich ein vierzelliges Badehäuschen errichtet. Aber ausser dem Doktor hatte ihm noch niemand die Ehre angetan. Wörtlich genommen; denn weil es für viele nur der Unehre erbaut zu sein schien, war es vom Pfarrer nicht geweiht worden, sodass ausser dem gottlosen Doktor niemand in seine unheiligen Wasser zu steigen wagte. Man konnte nämlich wegen des obligatorischen Badeanzuges für die Herren nicht zur Einigung kommen. Der Doktor billigte den weiblichen und sonstigen Empfindlichkeiten als Aeusserstes die Lendenhose zu, während der Pfarrer und die Kirchenvertretung auf einem auch den Oberkörper verhüllenden, dickbaumwollenen Trikot bestanden. Da auf keine Seite ein Nachgeben war, so ging in der Nacht ein Schelm hin und nagelte die Tür des Badehäuschens mit schweren Dreizöllern zu, als wenn man in dem Streite des Vernageltseins noch nicht genug gehabt hätte. Und weil auch die Freunde des Doktors keine stillen Dulder waren, so setzte ein anderer auf den einen Schelmen anderthalb und riss die Tür aus Fesseln und Angeln, um die Nacktheit des Doktors erst recht ihrer bergenden Hüllen zu entkleiden.

Tagelang lagen nun die aus den Fugen gerissenen Bretter auf der Bühne und warteten einer anderen Zwecksetzung. Meinem schweifenden Geiste wird also nicht von ungefähr der Einfall gekommen sein, aus ihnen und ein paar Zaunpfählen ein Floss zu zimmern, auf dem ich mit Hilfe eines krummen Obstbaumsteipers in dem Tümpel zwischen Bühne und Land umhersteuern wollte.

Da ich aber bisher noch nie im Leben das Gleichgewicht zu halten gelernt hatte, so schnappte mein Fahrzeug auf, und ich rutschte bis an den Hals ins Wasser. Pudelnass entledigte ich mich meine Kleider, breitete sie zum Trocknen auf der Bühne aus und setzte meine Probefahrt in jener Verfassung fort, die auch der Doktor als die dem Baden angemessenste bezeichnet hatte. Ich fühlte, wie ich in diesem Naturzustande sogleich sicherer wurde, und holte deshalb mit meinem primitiven Bootshaken immer kräftiger aus. Auf einmal jedoch bekam mich an der Bühnenspitze die Strömung in ihre Gewalt, und so sehr ich auch mit dem Steiper den steinigen Boden zerstiess, ich sauste widerstandslos den Strom hinunter und sah plötzlich mit Schrecken, dass eine Fähre voller Menschen meinen Weg kreuzte. Nicht, als ob ich einen Zusammenstoss mit ihr gefürchtet hätte, das Schreckliche war mir meine urparadiesische Unschuldskörperung, von der auch ich jetzt schamvoll gewahr wurde, dass sie Nacktheit war. Das Schamgefühl liess meine Hände erschlaffen; der Steiper entglitt ihnen, und steuerlos trieb mein Floss auf die Fähre zu. Ich sah noch das Gewirr fuchtelnder Arme, hörte das Kreischen der Weiber; dann sank ich in moralische Besinnungslosigkeit. Vielleicht hätte dieser Zustand auch eine entsprechende physische Wirkung hervorgerufen, wenn nicht etwas geschehen wäre, das meine schon lass werdenden Kräfte wieder straffte.

Eine blauleinene Schürze flog mir entgegen. Blitzschnell erkannte ich die Absicht, in der sie mir zugeworfen worden war, beugte mich vornüber, reckte die Hände; aber der Wurf war zu kurz geraten. Eine zweite Schürze bauschte sich segelartig vor meinen Augen; ich war vorbeigetrieben, ehe sie den Wasserspiegel erreicht hatte. Auch eine dritte verfehlte ihr Ziel, obgleich ich bereits auf Reichnähe den Kiel eines Fährjochs vor mir hatte.

Der Frauen Unwille über mich und die mir umsonst geopfert Schürzen wühlte die Menschenmasse auf. Die Arme fuchtelten erregter durch die Luft, das Kreischen wurde heftiger, umso mehr, als ich nun versuchte, die an der Bordwand des Fährjochs herabhängende Ankerkette zu erhaschen.

Plötzlich klappte eine Gasse in dem wilden Tumult auf. Ich war gespannt, was geschähe. Da setzte mit plumpen Kapriolen eine Kuh über die Bohlen der Fähre und verschwand im aufspritzenden, strudelnden Wasser.

Was Wunder, dass da meiner nackten Nichtigkeit kein schamvolles Frauenauge mehr achtete! Ich war deshalb auch längst unbemerkt an der Fähre in die Höhe geklettert und hatte mich in den Oelmantel ihres Führers gehüllt, als die Wut des Kuhbesitzers mich ansprach: Hundertsiebzig Taler werde meine Lausbüberei meinen Vater kosten. Als ich dem entgegenhielt, dass die Kuh sich ja nicht mir, sondern den nun geretteten Unschuldseelen geopfert habe, da faucht er weiter: "Und dich, Unart, sollt' man für das Vieh ersäufen!"

Glücklicherweise wurde der Leichnam des heroischen Tieres noch am Abend desselben Tages aus dem Wasser gefischt, und da sein Fleisch, vollfett und zart, auf der städtischen Freibank zu hohem Preise abgesetzt wurde, so gab der Bauer sich zufrieden, vielleicht auch in dem Bewusstsein, dass der Todessprung seiner Kuh wirklich eine Segenstat gewesen sei.

Richard Wenz (Köln).

Unter der schwarzen Fahne.^x

Der Weberaufstand in Lyon.

SPD. Die Arbeitervorstadt Croix Rousse oder Rotes Kreuz schwebt immer hoch über dem eigentlichen Lyon, wie es sich zwischen Rhône und Saône zusammenpresst. Aber an diesem Montag, am 21. November 1831, hängt sie wie eine drohende Lawine über der Stadt, breit, sich jeden Augenblick zu lösen und vernichtend, zerstörend zu Tal zu rollen. Unheimliches liegt in der Luft; es wird nicht gut enden!

Dabei war doch weiter nichts als dass die armen Teufel, die in den engen, stinkenden Gassen mit den hohen, schwarzen Häusern vieltausendfältig hockten, den Hungergurt um ein paar Löcher hatten enger schnallen müssen. Sie bildeten die missachtete breite Basis von Lyons industrieller Blüte, die 30 000 bis 40 000 Seidenweber, die für kargen Lohn die Tage hindurch und bis weit in die Nächte hinein daheim den Webstuhl schnurren liessen. Die nächste Stufe stellten die 10 000 Zwischenmeister dar, halb bürgerliche, halb proletarische Existenzen, deren jeder seine vier bis fünf Webstühle samt dem Rohstoff an die Nichtshäbigen auslieh. Ueber ihnen thronte die dünne Schicht der Warenabnehmer, etwa 800 Fabrikanten oder Unternehmer, in deren Taschen der Hauptgewinn kleben blieb, falls nicht auch sie den wenigen Kommissionären verpflichtet waren, vollkommenen Schmarotzertypen, die Geld und Material im Grossen vor-schossen. Unterlagen die Arbeiter, von denen sich die Zwischenmeister nährten und die Fabrikanten und Kommissionäre mästeten, derart einer Ausbeutung im doppelten und dreifachen Grade, so murrten sie doch so lange nicht, wie die Prosperität der Seidenindustrie sie vor dem nackten Verhungern schützte. Doch nach den unerbittlichen Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft traf die aus mannigfachen Ursachen entspringende Krise die Schwächsten am härtesten; der Tagelohn für einen Hausweber sank von 6, von 5, von 4 Franken auf 2, auf 1,75, auf 1,25 Franken; schliesslich strich er bei entnervender achtzehn- stündiger Arbeitszeit nicht mehr als 18 Sous ein; das war ein Stundenlohn von vier Pfennig!

Da aber auch so verelendete, verkümmerte, geduckte und gedrückte Menschen,

wie es die Lyoner Seidenweber waren, sich gegen den glatten Hungertod sträuben, begann es im Herbst 1841 auf Croix Rouse zu gären. Gruppen standen herum, krummgezogene, blasse Männer, hohläugige Weiber, Kinder mit fiebrigen Augen. Obwohl die Staatsgewalt damals von einer sozialen Frage, die die Arbeiter anging, noch nichts wusste und sich nur zur "Neutralität", das hiess: zur Aufrechterhaltung der "Ordnung" im Interesse der Wohlhabenden, verpflichtet glaubte, legte sich der Präfekt des Rhône-Departements, Dumolard, bedenklich geworden, ins Mittel, warb um das Vertrauen der Arbeiter und brachte durch seinen Einfluss im Oktober zwischen Fabrikanten und Webern ein Uebereinkommen mit Mindestlohntarif unter Dach und Fach. Mehr als bescheidene Mindestlöhne, aber auf Croix Rouse tanzte man erleichtert und stellte Abends als Freudenzeichen armselige Lichtchen an die Fenster der Mietskasernen. Die Unternehmer dagegen, nur darauf bedacht, die Wirkungen der Krise von sich auf die Aermsten der Armen abzuwälzen, maulten über das, was ihnen als unerhörte Durchbrechung des geheiligten Prinzips der Gewerbefreiheit erschien, schüchtern den Präfekten ein, steckten sich hinter die Stadtverwaltung, gewannen den Truppenkommandeur, General Graf Roguet, rieten Verhängung des Belagerungszustandes an, rechneten siegessicher auf die bewaffnete Macht - "wenn", höhnte einer der Grossgewinner über die Ausgepowerten, "sie kein Brot im Bauche haben, so werden sie Bajonette hineinbekommen!"

Da setzt sich, verzweifelt ob der Nichtachtung des Tarifs durch die Fabrikanten, Croix Rouse am 21. November in Bewegung, gliedert sich in Kolonnen zu Viererreihen, marschirt in guter Ordnung zu friedlicher, unbewaffneter Kundgebung nach der Stadt herunter: die Lawine rollt! Die Nationalgarde, die dem Zug entgegentritt, ist an den Grenadier-Bärenmützen als Abteilung aus dem Besatzendenviertel kenntlich; also gehen die Gewehre von selber los; Tote und Verwundete auf dem Pflaster; wie eine Feuerzunge leckt über Croix Rouse der Entsetzensschrei: "Unsre Brüder werden abgeschlachtet!" Croix Rouse bewaffnet sich, Croix Rouse bedeckt sich mit Barrikaden; Infanterie, Kavallerie, Artillerie; Nationalgarde geht zum Volk über; Generalmarsch, Sturmglockengeläut, Geschützfeuer, und als die Dunkelheit des 22. November herabsinkt, ist die zweitgrösste Stadt Frankreichs in den Händen der Proletarier. Mit dem Reste der zusammengeschmolzenen Truppen bahnt sich General Roguet in der Nacht, während es Kugeln aus den Fenstern, Ziegel von den Dächern regnet, unter empfindlichen Verlusten einen Weg ins Freie. In Paris spricht man von sechstausend Toten auf beiden Seiten; Genaueres ist nicht festzustellen, da die beiden grossen Ströme viel Leichen wegschwemmen.

Als jedoch die Weber den Sieg in Händen halten, sehen sie sich erstaunt, fast verlegen an. Was nun? Hinter ihrer Bewegung stand keine Theorie, keine Doktrin, kein Sozialismus, keine Sehnsucht nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung, stand nichts als der Hunger. Eine andre Losung hatten sie nicht als die düstere Inschrift auf der grossen schwarzen Fahne, die der ersten Elendskolonne von Croix Rouse voraufwehte: Durch Arbeit leben oder im Kampfe sterben! Etwas wie ein Sinnbild der dumpfen, ahnungslosen, unaufgeklärten Masse war der Neger Stanislas, der, mit seiner Flinte auf der Morand-Brücke aufgepflanzt, unter wilden Grimassen und Freudengeschrei in die Luft sprang, so oft er einen Kanonier oder Dragoner niedergestreckt hatte, aber sicher nicht wusste, weshalb er schoss. Da die Masse auch keine Führer hatte, ihr den Sinn der Erhebung zu deuten, gelang es den Handlangern der Bourgeoisie leicht, die Proletarier in den alten Pferch zurückzutreiben: Die hungernden und frierenden Weber hüteten mit dem Fanatismus eines Wachhundes des Eigentum der Besitzenden. Ende der Woche war jede Spur des Geschehenen ausgewischt, und keine Hand rührte sich zum Widerstand, als am 3. Dezember der Marschall Soult und der Thronfolger mit stattlicher Truppenmacht einrückten. Was folgte? Das Selbstverständliche: die Entwaffnung der Arbeiter, die Auflösung der Nationalgarde, die Verlegung einer Garnison von 2000 Mann nach Lyon, die Abriege-

gelung der Arbeitervorstadt durch eine Reihe von Sperrforts, und alles, Ausbeutung, Profit und Hunger, konnte weitergehen wie bisher.

Aber instinktloser noch als die Proletarier waren ihre Gegner. Die Machthaber atmeten vielfach erleichtert auf, als sie hörten, dass es sich nicht um einen politischen Putsch von Republikanern oder Legitimisten, sondern "nur" um einen Streit zwischen Fabrikanten und Arbeitern handle. Bagatelle! Zipfelmütze übers Ohr, herumgedreht und weitergeschlafen! Sie sahen nichts von der Flammenschrift an der Wand, mit der sich hier die Frage der Zukunft ankündigte; sie blieben taub für den Marschritt einer neuen Klasse, die hier zum erstenmal auf den Schauplatz der Geschichte trat; sie rochen nicht im entferntesten den Pulvergeruch vom ersten Vorpostengefächte des grossen sozialen Krieges, unter dessen Schlachten ein Jahrhundert später die Erde beben sollte!

Hermann Wendel.

Hegel und die SPD.

SPD. Der preussische Kultusminister Grimme hat im "Vorwärts" einen prächtigen Artikel über den "lebendigen Hegel" veröffentlicht. Diesen "lebendigen Hegel" will vor allem die am 14. November, am 100. Todestage dieses Philosophen, im Archiv der Sozialdemokratischen Partei in Berlin eröffnete Ausstellung "Hegel und die Sozialdemokratie" den Sozialisten vor Augen führen. Daher hat die volkstümliche Literatur der Sozialdemokratie über Hegel, über seine Geschichtsauffassung und Dialekt einen breiten Raum in dieser Ausstellung erhalten. Aber auch in der umfangreichen historischen Literatur, die im Archiv ausgestellt ist, wirkt sich vor allem der lebendige, kämpfende Hegel aus. Die Schriften der Junghegelianer, der Arnold Ruge, der Gebrüder Bauer, Feuerbachs und die Zeitschriften der "wahren Sozialisten": der "Gesellschaftsspiegel", die "Rheinischen Jahrbücher", das "Westphälische Dampfboot" usw., die, immerhin revolutionär, über Hegel hinausstürmen, sind in dieser Ausstellung stark vertreten. Wir heben aus dem Kreise der "wahren Sozialisten" nur Karl Grün, Moses Hess, Lüning, Püttmann hervor. Schroff treten diesem "wahren Sozialismus" Karl Marx und Friedrich Engels gegenüber. In den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" wetterleuchten bereits die Gedanken, die nachher als reinigendes Gewitter über die politische und volkswirtschaftliche Literatur des Bürgertums niedergegangen sind. Wir verweisen hier nur auf die Schriften "Die Heilige Familie" und "Das Elend der Philosophie" von Marx und "Die Lage der arbeitenden Klassen in England" von Engels. Der werdende Friedrich Engels stellt sich in den trefflichen Arbeiten Professor Gustav Meyers über Friedrich Engels' Schriften der Frühzeit dar. Vom Kämpfergeiste der Junghegelianer sind erfüllt: Die Rheinische Zeitung, die Neue Rheinische Zeitung, die Revue "Die Neue Rheinische Zeitung", Die Neue Oder-Zeitung, Das "Volk" von Stefan Born (Schüler von Marx und Engels).

In die Blütezeit des Sozialismus fällt der lange sibirische Winter der preussisch-russischen Reaktion, und das Interesse für den Sozialismus wird erst nach einer langen Pause von Ferdinand Lassalle wieder geweckt. Die geistige Abhängigkeit Lassalles von Hegel offenbart sich klar in dem "System der erworbenen Rechte", in der "Idee des Arbeiterstandes", in der Schrift "Die Wissenschaft und die Arbeiter" und in seinen kleineren philosophischen Schriften. Eduard Bernstein hat die gesamten Schriften Lassalles mit Einleitungen und Erläuterungen herausgegeben.

Der von Lassalle ins Leben gerufene Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein folgt den philosophischen, zu Hegel führenden Fusspuren Lassalles nicht. Er geht durchweg in der Propaganda der politischen und nationalökonomischen Ideen Lassalles auf. Die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft

wird erst von Friedrich Engels wieder auf die Philosophie Hegels gerichtet. Es erscheint die Streitschrift Engels' gegen Dühring: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Schon vorher nimmt Joseph Dietzgen durch Karl Marx Fühlung mit der Philosophie Hegels. Von Dietzgen sind drei starke Bände veröffentlicht. Unter dem Einfluss von Engels beginnt in der Arbeiterschaft ein gründlicheres Studium des "Kapital", in dessen Vorrede Karl Marx seine Beziehungen zu Hegel heraushebt. Die materialistische Geschichtsauffassung tritt in den Vordergrund. Hier springen die Schriften von Engels, Kautsky, Plechanow, Bernstein, Klara Zetkin, Lafargue, Greulich, Gorter, Franz Mehring ins Auge.

Das Erfurter Programm entkleidet dann den Entwicklungsgedanken Hegels von allen metaphysischen Bestandteilen. In ihm siegt die revolutionär-historische Idee über die naturrechtlichen Begründungen der bisherigen sozialdemokratischen Programme.

Eine tiefgründige Diskussion über die im Marxismus steckenden Hegel'schen Grundgedanken entzündet dann das Bernstein'sche Buch "Die Voraussetzungen des Sozialismus". Kautsky beantwortet die Angriffe Bernsteins gegen die Hegel-Marx'sche Dialektik mit seinem Buche "Bernstein und das sozialdemokratische Programm". In der "Neuen Zeit" und den "Sozialistischen Monatsheften" spiegelt sich vor allem das heisse Ringen um Hegel und Marx wieder.

Inzwischen sucht die sozialdemokratische und bürgerliche national-ökonomische und philosophische Forschung festzustellen, welche Gedanken von Hegel und Marx sich noch bis auf unsere Tage gestaltend auswirken. Eine grosse wissenschaftliche Literatur über das philosophische und ökonomische System von Hegel-Marx schießt empor. Wir nennen hier nur: Karl Kautsky ("Materialistische Geschichtsauffassung"), Heinrich Cunow, Max Adler, Labriola, Belfort-Bax, Tönnies, Hammacher, Plenge, Koigen, Vorländer. Die Ausstellung bringt einen eigenartigen Ausschnitt aus dieser Literatur. Aus ihr ersehen wir auch, dass sich Hegel bis in die jüngste Gegenwart als schöpferische Kraft in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in der "Gesellschaft" und im "Kampf" auslebt.

Paul Kampffmeyer.

Der Atem eines Menschen.^x

SPD. Vielleicht sind es die schrillen Akkorde des Lebens, die uns aufhorchen lassen, wenn die leisen Harmonieen anklingen und sich ausbreiten: Kreise, aus denen immer und immer neue Wellen entstehen, die erst langsam verebben. Und auch dann noch da sind, nur nicht mehr sichtbar. Denn auch, wenn wir glauben, die Wellen des Wassers um einen gesunkenen Stein seien - da nicht mehr sichtbar - zu Ende, so schwingen sie doch weiter in den Millionen Atomen des Elements.

Ein Mensch hat zu atmen aufgehört. Einmal, vor einem Jahre, vor vielen. Seine Tat, seine Geste, sein Gefühl, es ist versunken. Noch schwangen die Kreise - er war schon nicht mehr da - aber weiter fühlten wir ihn und seine Nähe. Dann war es vorüber. Dann dachten wir nicht mehr daran, und nur einmal noch im Traume geschah es, dass wir angerührt wurden von seinem Fortsein. Nun haben, so glaubte auch unser Unterbewusstsein, seine Kreise sich ins Ferne gesenkt. Der letzte Klang ist dahin....

Aber es kann kommen, dass etwa der Briefträger eine Postkarte aus Amerika bringt. Einen Glückwunsch an den, der nicht mehr ist. Aufs neue bricht die Wunde auf: ein Mensch jenseits der Meere lässt uns wissen, wie er an jenen dachte, wie er ihn immer wieder entbehrt, was er von ihm weiss. Für ihn ist noch garnichts geschehen. Der Stein, der schon ins Wasser fiel, scheint ihm noch

in der gütigen Hand des Lebens zu ruhen.

Kann es denn sein - ist denn alles abgebrochen, weil der Atem eines Menschen einschlief? Bei den Grossen, meint ihr, wirke das Werk fort in seinen tausend Verästelungen. Da treten Kolonnen an und marschieren nach den Ruhestätten. Reden werden gehalten, und Kränze schmücken den Stein. Doch was ist denn in Wahrheit wahr? Die Pflicht, die Repräsentation, das kalendermässige Gedenken um jene oder der Blitz in den Herzen anderer, die still sind und das Erinnern geniessen wie eine immer wieder reifende Frucht, von der sie sich nähren, und die sie hegen?

Einmal war es, da ging ein Mensch aus einem Hause in die grosse Stille, jenseits der Welt. Das Leben war ihm, wie allen, der Laufsteg in die grosse Ruhe, mochte er sie nun herbeigesehnt haben oder nicht. Worauf sich seine lebendigen Hände stützten, die Tische, die Gegenstände, die Stühle, auf denen er seine Mahlzeiten nahm, seine Bücher las, der Aschenbecher, auf dem seine Zigarre brannte, es ist geblieben, und es dauert noch ein oder zwei Menschenalter, bis sich zerstreut, was er zusammenfügte. Sein Atem floh - sein Rauch ist geblieben, und er kann Rat erteilen und eine Meinung haben, wenn wir nur fragen. Er hat in uns die Keime seines Schicksals gelegt. Er hat mit uns vereint, was ihm zu hoffen schön erschien; er hat hinausgewiesen in den Tag und über ihn hinaus, sich Ziele gesteckt, unsre vorbereitet. "Denn er war unser", und wir waren die Seinen, auch dann noch, wenn eine kleine Brücke oft uns fehlte, wenn der Kleinkram unserer Wünsche sich an seinen stiess.

Was einmal ein Mensch aufgerichtet - so kann man glauben - das steht im Bauwerk des Ganzen als Steinchen der Ewigkeit. Nicht immer poliert, nicht immer fachmännisch und gerade, nicht immer leicht und auch nicht immer gut gefügt. Aber die Ewigkeit wächst weiter; sie wird doch - denken wir daran! - grösser mit jedem Tage, den die Sonne gebiert; sie steigt höher mit jedes Menschen Kraft, die aus ihr hervorgeht und aufgesogen wird in sie.

Wir stehen am Rande der Ewigkeit, wo die Minuten noch gezählt werden, die schwarzen und die blanken, und keine können wir bannen. Er steht am Rande der Ewigkeit, wo die Jahrtausende versinken, und niemand blickt ihnen nach. Unsre Augen sind weit, sehen wir ihn immer noch, ganz fern, ein kleiner, schwebender Punkt über dem Gewaltigen, das Unendlichkeit heisst - und sind verbunden mit ihm, heute, morgen. Und noch immer, wenn ein Jahrtausend das andre ablöst.

Eines Menschen Atem, das Gedicht des Körpers in schwebenden Intervallen, wird gespürt in jedem Geschehen der Welt von Anbeginn bis Ende. Er lebt - glücklich die, die darum wissen....

Schrille Akkorde eröffnen den Aufklang der Harmonien.

Walter Anatole Persich.

Russische Volkslieder.^x

SPD. Ein scheinbar unpolitisches Erlebnis in der Provinz, aber von symbolischer Bedeutung. Man sollte solche Dinge nicht allzu leicht nehmen.

Der Kaffeehausgeiger verkündigte: "Meine Damen und Herren, wir werden jetzt eine russische Volksliederfantasie zum Vortrag bringen, mit originalrussischen Texten."

Neben mir sass ein Herr aus Sachsen, der ununterbrochen auf seine Begleiterin einredete. Die Kapelle spielte und sang, aber der Herr redete weiter. Plötzlich wandte er sich an mich: "Verzeihne, Herr Nachbar, was schielst du denn da?"

"Russische Volkslieder".

"Das is doch bolnisch!" sagte er und horchte einen Moment zu. Dann fuhr er fort: "Nein, bolnisch is das nich. In Bolnisch, da heern die Wärdr alle mit

witsch auf. Die singen doch gee eenzjes Word mid witsch. Bolnisch gann das nich sein. Das wird Russisch sein. Mr vrschedhd nämlich geinen Don. Und wemmr nämlich geinen Don vrschedhd, dann isses Russich. Inh ja nich berfedd Russisch, awr das weiss ich, wemmr nischd vrschedhd, dann isses Russisch. Bei Franzeesisch is das einfacher. Da gommd immrzu Mossjee vor; da weiss mr gleich, dass das Franzeesisch is. Und bei Englisch da isses Misdr. Wenn immrzu Misdr gesaachd wird, dann isses Englisch. Awr das muss Russich sein. Russisch. Bolnisch is da nich".

In diesem Augenblicke ging der Wirt des Kaffeehauses vorüber. Der Sachse rief ihn an: "Herr Wird, gommen Se mal her! Ich hawe 'ne Beschwerde! Das is ja hier 'n Soffjeddlogal! Die Gabelle singd ja Russisch! Ich hawe eben zu dem Herrn gesaachd, Bolnisch gann das nicht sein, das muss Russisch sein. Das is 'ne Beleidjung Ihrer Gäste bei der heudigen Wirtschafdsgriese! Und nun bassn Se mal auf! Nun schdelle ich Ihnen ein Uldimadum! Wenn die jüdzd ferch sind, misse Se foljnde Sachen schbielen: Den Ehrhardtmarsh, "Alde Gameraden" und "Grien is die Heide" von Hermann Leens. Sonds gehe ich furd! Da wird eben Ihr Logal boygöddiert! Die missn sford anschliessend den Ehrhardtmarsh, "Alde Gamera-den" und "Grien is die Heide" von Hermann Leens schbieln. Damid dass die Admosfäre von dem russischen Gwadsch gereinichd wird. Russisch is üwrhaubd geine Schbrache bei der Wirtschafdsgriese. Die sollen Deudsch reden! Ich zum Beischbiel rede immer nur Deudsch!...."

Der Wirt wagte nicht daran zu zweifeln.

Und die Winsche des Gasten wurden selbstredend erfüllt.

Ekteim.

Gedenktag der Toten.

SPD. Der Tod ist der Ursprung aller Philosophie, sagt Schopenhauer. Ist der Tod ein völliges Aufhören des Menschen, von dem nichts bleibt als die Erinnerung, das Fortleben in den Seelen der Nachwelt? Und wenn die Nachwelt in Millionen Jahren ausstirbt, sobald die Erde langsam erkaltet, ist dann aller Fortschritt, alle Mühe um ein besseres Dasein, sind dann alle Opfer und Entbehrungen für eine Vervollkommnung der Nachwelt, für ein Paradies auf Erden umsonst gebracht worden? - Das sind die grossen Fragen, die zum philosophischen Nachdenken führen. Daraus ergeben sich die weiteren Fragen: Was ist die Seele? - Ist sie blosser Gehirntätigkeit, die aufhört, wenn sich der Gehirn nicht mehr mit Blut füllt? Ist die Seele an Zeit und Raum und körperliche Sinneserscheinungen völlig gebunden? - Alle diese Gedanken beschäftigen uns, wenn der Tod in unsre Familien einbricht und unsre Freunde und Bekannten uns nimmt. Sie drängen sich auch auf, wenn am Totensonntag das ganze Volk die Toten des letzten Jahres vor sein Gedächtnis stellt und sich die Sterblichkeit der gesamten Menschheit vergegenwärtigt.

Diese Fragen sind heute noch ganz ungeklärt. Ist die Philosophie überhaupt sehr uneinig und kaum irgendwo zu festen Ergebnissen gekommen, so klappt das Denken der Gelehrten gerade in diesen Fragen straks auseinander. Man sagt zwar, die Welle des wissenschaftlichen Materialismus sei im Abflauen begriffen. Wir haben uns kürzlich beim Gedenken des 100. Todestages von Wilhelm Friedrich Hegel darauf besonnen, dass sein reiner Idealismus in stark abgeänderter Form wieder Keime schlägt, und wir wissen, dass der Neukantianismus auch bei Arbeiterführern Anhänger hat. Der krasse Materialismus, der besagt, dass nur materielle Dinge für den Menschen Wert haben und alles sich um Essen und Trinken, Kleidung und Wohnung dreht, dass deshalb jeder sich nur den besten Bissen zu ergattern sucht - diese allzu billige Weisheit passt gerade für die Arbeiterschaft so wenig wie möglich. Gerade sie muss auf Opferwilligkeit, auf Zusammenhalt des Ganzen um der grossen Ziele willen hinsteuern. Sie braucht Kämpfer, die sich opfern um der Masse willen.

So gedenken wir heute mit Wehmut unsrer verstorbenen grossen Führer. Von Lassalle, Marx und Engels bis auf August Bebel, Ignaz Auer, Wilhelm Liebknecht und viele, viele andere. Sie haben die Sozialdemokratie gross gemacht, unserm Volke ein Heldenzeitalter gegeben, auf das wir für alle Zeiten stolz sein können. Einer hat immer den andern stark gemacht und zum Wetteifern angespornt, sodass wir uns heute verhältnismässig klein vorkommen. Sie sind es gewesen, die den deutschen Sozialismus zum Vorbild für alle andern Völker gestaltet und damit für den Ruhm des deutschen Volkes in vieler Beziehung mehr beigetragen haben als Bismarck und seine Leute. Und doch waren damals unsere Führer als Umsturzpartei geächtet und gehetzt von einem Orte zum andern und von einem Gefängnis ins andre. Aber ihr Blick war so sicher, ihr Wille so gestählt, ihr Mut so unbeugsam, ihre Selbstlosigkeit so sichtbar, dass gerade die Verfolgungen zeigten, was sie leisten konnten, und die Arbeiterschaft ihnen zufiel; sie brauchten sie nur aufzufangen.

Auch uns muss jene grosse Zeit anspornen, dass wir auch um unsrer grossen Ziele willen, der Befreiung der Menschheit von der Lohnsklaverei, allem Elend und aller Not, und für den Kampf gegen die herrschenden Klassen für eine klassenlose Gesellschaft unsere letzten Kräfte dran geben. Nur wenn auch heute unsere Führer nicht auf bequemen Sesseln sitzen wollen, sondern sich buchstäblich aufopfern für das Wohl der grossen Masse, sind wir unsrer toten Helden würdig. Nicht die Koalitionspolitik ist unser Heil. Wer vom Bürgertum isst, stirbt daran. Nur solange ich mich als Feind der heutigen Gesellschaft bekenne, fühle ich mich wohl. Ein Lob aus dem Munde unsrer geschwornen Feinde ist mir bitterer Wermut. Das waren die Losungen unsrer grossen Führer, die ähnlich dachten wie die ersten Christen.

Wir gedenken heute auch der Toten des Weltkrieges. Der war ein kapitalistischer Krieg. Die Sozialisten der verschiedenen Länder bekämpften einander nicht. Die schlichteten friedlich ihre Gegensätze, wie Genossenschaften, die einander ihre Waren abkaufen, auch wenn sie dabei mal feilschen. Wir sind heute noch weit von der Aussicht entfernt, dass der Weltkrieg der letzte gewesen sein könnte. Von wirklicher Abrüstung ist heute noch keine Rede, eher von Aufrüstung. Erst von einer absoluten Sicherheit, die es nicht gibt, will man die Abrüstung abhängig machen. Aber wir Sozialisten wenigstens wollen uns doch stahlhart machen gegen Kriegsgedanken. Wir wollen die Klagen der Gefallenen immer laut und deutlich in unsern Ohren hören. Und wenn wir als deutsche Sozialisten fest bleiben, die wir uns als Angehörige eines besiegten und unterdrückten Volkes am bittersten dazu verleiten lassen könnten, in den Ruf nach Rache einzustimmen; dann werden auch unsere Genossen in den andern Ländern sich uns anschliessen. Und ohne die Arbeiterschaft ist in keinem Lande ein Kriegsgeschrei von Erfolg.

Die Gräber stimmen friedlich, erinnern an den eigenen Tod, der vielleicht bald diesen, bald jenen aus unsern Reihen ausscheiden lassen wird. Jeder Atemzug, den wir tun, gehöre dem Kampfe für eine neue, bessere Gesellschaft, die im kommenden Winter der Hilfe derer, die wie Aussätzige aus der Gesellschaftsordnung herausgeworfen sind. Wer mit feinen Ohren das Krachen im Gebälk der heutigen Gesellschaftsordnung hört, der freut sich, Totengräberdienste verrichten zu können, weil nicht der Tod das Ende ist, sondern neues Leben aus den Gräbern hervorwächst. Der lobt jeden Tag, den er noch leben darf im Dienste einer neuen Menschheit.

Pfarrer Köttschke(Prösen).

SPD. "Unehrliche" Musikanten^x. Die Pflege der Instrumentalmusik lag im Mittelalter in den Händen der fahrenden Spielleute. Nach den Rechtsgrundsätzen des "Sachsenspiegels" galten diese Spielleute von vorn herein als "unehrlich".

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 87.

Berlin, den 16. November 1931.

Die Aussteuer.^x

SPD. Wenn ein Mädchen sich verheiratet, so bringt sie meistens eine Anzahl von Dingen in den gemeinsamen Haushalt mit, vor allem die Wäsche, auch Geschirr, Küchengeräte und ähnliches. Manchmal geben die Eltern diese Sachen der Tochter mit; oft auch spart diese, wenn sie einen Berufserwerb hat, Jahre hindurch, um nach und nach allerlei für die Heirat anzuschaffen. Es steht nicht ganz, - wie viele Menschen meinen - im freien Willen der Eltern, ob sie ihrer Tochter eine Aussteuer mitgeben wollen oder nicht. Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt vor, dass der Vater einer Tochter im Fall ihrer Verheiratung "zur Einrichtung des Haushalts eine angemessene Aussteuer zu gewähren" hat. An die Stelle des Vaters tritt die Mutter, wenn der Vater die Aussteuer nicht gewähren kann oder gestorben ist. Unter "angemessen" ist zu verstehen, dass die Aussteuer den Verhältnissen entsprechen muss, in denen die Familie lebt. Die Tochter eines gut gestellten Beamten kann also eine reichere Aussteuer verlangen als die eines kleinen Bauern oder eines Fabrikarbeiters. Ist jedoch der Vater unter Berücksichtigung seiner andern Verpflichtungen nicht zur Gewährung einer Aussteuer imstande, dann ist er von der Pflicht dazu befreit, ebenso, wenn er dadurch seinen eigenen "standesgemässen" Unterhalt gefährdet, oder wenn die heiratende Tochter genügend eigenes Vermögen besitzt, um sich eine Aussteuer zu beschaffen. Wenn Eltern, die dazu verpflichtet sind, der Tochter die Aussteuer nicht geben, so kann diese die Eltern auf Gewährung der Aussteuer verklagen. Das muss spätestens innerhalb eines Jahres, nachdem die Ehe geschlossen worden ist, geschehen. Ist die Tochter länger als ein Jahr verheiratet, so kann sie nicht mehr klagen. Sie muss auch immer selbst die Klage erheben; ihr Mann kann dies nicht für sie tun. Sie kann auch nur einmal in ihrem Leben eine Aussteuer verlangen. Wenn sie sich also verheiratet und eine Aussteuer bekommt und dann der erste Mann stirbt und die Witwe sich wieder verheiratet, so kann sie nicht noch einmal von den Eltern eine Aussteuer verlangen. Das Alter der Tochter spielt dabei keine Rolle. In der Eheberatung ist mir einmal ein Fall vorgekommen, wo Eltern meinten, die Tochter wäre schon 30 Jahre alt; da brauchten sie ihr doch wohl keine Aussteuer mehr zu geben. Das war ein Irrtum, denn die Tochter hatte kein eigenes Vermögen, und ob sie bei der Heirat 18 Jahre alt, also noch nicht mündig ist, oder ob sie 30 Jahre oder noch mehr alt ist, das ändert nichts an der Pflicht der Eltern.

Freilich gibt es eine Reihe von Fällen, in denen die Eltern von der Pflicht befreit sind aufgrund einer Handlungsweise der Tochter, die ein gewisses Verschulden gegen die Kindespflichten darstellt. Gerade eine Minderjährige verliert das Recht auf eine Aussteuer, wenn sie gegen den Willen des Vaters oder, falls an dessen Stelle die Mutter getreten ist, gegen den Willen der Mutter heiratet. Ebenso kann eine Tochter keine Aussteuer verlangen, die sich so schwer gegen die Eltern vergangen hat, dass diese berechtigt sind, sie ganz zu enterben, ihr auch den sogenannten "Pflichtteil" zu entziehen. Das trifft zu, wenn die Tochter entweder ihren Eltern nach dem Leben getrachtet oder sie absichtlich körperlich misshandelt hat, wenn sie sich eines andern schweren Vergehens gegen die Eltern schuldig gemacht hat, oder wenn sie ohne deren Einwilligung einen ehrlosen oder unsittlichen Lebenswandel führt. Vielleicht ist die zuletzt genannte Bestimmung nicht ganz unbedenklich, weil die Ansichten

darüber, was ein "ehrloser und unsittlicher Lebenswandel" ist, auseinandergenen können. Mancher wird darunter nur die geweremässige Prostitution verstehen; andre wieder werden dies Urteil schon bei Zeugung eines unehelichen Kindes fällen. Als letzter Grund für die Entziehung des Pflichtteils, also auch für Verweigerung der Aussteuer, kommt in Betracht, dass eine Tochter den Eltern gegenüber ihre Unterhaltungspflicht böswillig verletzt. Diese Fälle werden nicht häufig sein, denn wenn Eltern von der Tochter erhalten werden müssen, so werden sie kaum je in der Lage sein, ihr eine Aussteuer zu gewähren. Geben die Eltern der Tochter, die ein eigenes Vermögen hat, eine Aussteuer, so ist das ein freiwilliges Geschenk der Eltern, das freilich den meisten Eltern bei einem guten Familienleben eine Freude bedeutet. Henri Lehmann.

Artistin, Gattin, Mutter.^x

SPD. Die laute Zirkusmusik verstummt. Atemlose Stille herrscht unter dem grossen Zelte. Alle Blicke starren unverwandt in die Zirkuskuppel. Dort fliegt eine strahlend schöne, junge Frau in die blitzschnell vorgestreckten Arme des Fängers, der ihr mit mathematisch genauer berechnet entgegenschwingt. Die Menschenmenge tost beifall. Die Luftturner lassen sich ins Netz fallen, verbeugen sich und eilen durch den zugigen Stallgang in die Garderoben. Langsam leert sich der Zirkus. Auf dem Heimwege sprechen die Menschen von den wagemutigen Luftturnern. In den Cafés streitet man darüber, welche Arbeit unter der Zirkuskuppel die schwierigere sei, die des Fängers oder die der Fliegerin. Und die junge, allgemein bestaunte Frau? Nun, die steht schon wieder im Trainingsanzug und legt umsichtig Hand mit an; denn der Apparat wird abmontiert. Der Zirkus verlässt noch in der Nacht die Stadt, und die Luftturner müssen selbst ihre Geräte abnehmen. Die Luftturner sind die letzten am alten und die ersten am neuen Platze. Sie müssen alles selbst befestigen; hängt doch nicht nur von ihren nie versagenden Nerven und ihrer körperlichen Gewandtheit, sondern auch vom Material ihr Leben ab. Dabei müssen sie schnell mit dem Anbringen des Apparats fertig sein. Oft ist ihnen nur eine halbe Stunde dafür eingeräumt. Heutzutage rast ein Zirkus in wilder Hast, und nichts darf seinen Aufenthalt verzögern. Für gewöhnlich steht der Zirkus drei Tage an einem Orte. Einpacken und auspacken, das sind die Lbsungsworte für alle Artisten. Im Artistenberufe gilt seit altersher die Frau für vollwertig. Ja, sie trägt meistens heldenhaft unerhörte Doppelbelastungen; ist sie doch nicht nur Artistin, sondern auch noch Gattin und Mutter. Das Artistenleben ist voll harter Arbeiten und Entbehrungen mannigfacher Art. Es könnte gar nicht so reibungslos geführt werden, wenn die Frau als Gattin oder Mutter versagte. Alle die romantischen Geschichten, die um Artistinnen gewoben werden, entspringen meistens der Phantasie irgend eines Kaffeehausliteraten. Sieht man freilich diese durch andauernde Uebungen schlank und schön erhaltenen Artistenkörper im Glanze der Manege oder der Variétébühne, dann ist es begreiflich und entschuldbar, wenn die Phantasie mit einem durchgeht und man sich die Artistin nur im parfümgeschwängerten Boudoir, von Verehrern umgeben, vorstellt, während sie in der nüchternen Wirklichkeit eine sparsame Hausfrau ist, die Essen kocht, Strümpfe stopft und sogar am Waschfasse steht. Haben Zirkusartisten das Glück, einen Wohnwagen zu besitzen, so ist er doch immerhin nur klein, und die Frau muss stets aufräumen, damit ihr Reich, das sie im günstigsten Falle in Schlafzimmer, Wohnstube, Küche und anzustellende Veranda einteilt, in Ordnung ist. Bei dem geringen Raume ist sonst zu leicht irgend etwas verpackt. Und wie schmücken die Frauen die Wohnwagen! Blumen und Vögel werden mitgeschleppt, und überall liegen Deckchen, die von fleissigen Frauenhänden zeugen. Wer mit den Augen der Frau in solch einen Wagen sieht, der weiss: hier lebt ein Menschenkind allein seiner Familie, und der Frau bleibt, mag sie auch

noch so verführerisch sein, für Abenteuer keine Zeit.

Viele Artisten aber haben heutzutage keinen Wagen. Sie müssen in jeder Stadt erneut auf Zimmersuche gehen. Am liebsten nehmen sie möblierte Zimmer mit Küchenbenutzung, um die manchem Magen nicht bekömmliche andauernde Koständerung zu meiden. Zudem kommt man auch für gewöhnlich billiger weg, wenn Mutter kocht. Sparen muss heute der Artist, so er nur kann. Auch für ihn sind heute die Zeiten besonders schlecht. Schon die Kinder kosten den stets reisenden Eltern mehr als den sesshaften. Vielfach werden die Artistenkinder bei Verwandten untergebracht. Das erfordert doppelte Haushaltskosten. Können die Artisten ihre Kinder mit auf die Reise nehmen, dann ist stets die Schulbildung ein besonders schwieriges Kapitel. Stehen grosse Zirkusunternehmen für längere Zeit an einem Orte, dann gehen die Artistenkinder regelrecht in die Schule. Meistens jedoch ist der Artist auf eine private Ausbildung seiner Kinder angewiesen.

In das Artistenleben kommen so manche Fragen, die immer wieder durch Mütters Umsicht eine Lösung finden. Da ist z.B. die Kleiderfrage. Wie manches Kostüm, das allgemein bewundert wird, hat die Artistin selbst entworfen und geschneidert! Da ist eine ehemalige berühmte Tierbändigerin, die alle indischen Kostüme ihres Mannes, die mit unendlich vielen Eindrücksteinen verziert sind, eigenhändig arbeitet. Sie hat selbst früher im Raubtierkäfig gestanden und weiss daher ganz genau, wie ein Kostüm beschaffen sein muss, damit man nicht behindert wird. Ebenso trägt ein weltberühmter Clown nur Kostüme, die seine Frau genäht hat. Sie war einst eine berühmte Stehendreiterin, stürzte schwer und lebt nun nur noch ihren beiden Kindern und ihrem Manne.

Eines haben die Artistinnen mancher anderen berufstätigen Frau voraus. Sie haben sich schnell mit der gewerkschaftlichen Idee befreundet. Sind doch von den Artisten (in diesem Falle macht man keinen Unterschied zwischen Mann und Frau) 80 Prozent in der Internationalen Artistenloge organisiert. So sieht es in Wahrheit mit der verlogenen Romantik und Liebesabenteueratmosphäre aus. Die Artistin ist eine im Berufsleben stehende Frau, die als Gattin und Mutter genau die gleichen Sorgen hat wie ihre Schwestern, die nicht vom täglichen Beifall umrauscht sind.

Erna Büsing.

Frauen warten am Meer.^x

SPD. Graue Wolkenfetzen krochen langsam vom Osten her auf das Land zu. Seit dem Morgengrauen war das Meer ein wütendes, rasendes Tier geworden. Ein schwarzes, unübersehbares Tier, das unaufhörlich mit seinen Pranken gegen die Küste schlug.

In der Frühe, noch halb in der Nacht, horchten die Frauen auf das Meer hinaus, auf den Sturm. Als sie vor die Hütten traten, lag noch kein einziges Boot am Strande. Niemand war zurückgekommen. Sie hatten wohl alle gehofft, dass die Boote plötzlich am Strande liegen würden. Aber als es mit dieser Hoffnung aus war, sassen wieder die kleinen Fältchen über den Augen der Jungen, und die Alten kniffen den gefalteten Mund fest zusammen, als dürften sie nun erst recht kein Wort aus ihm herauslassen.

Am Abend vorher waren die Männer in See gegangen. Stunden darauf liefen schon längs der Küste Signale entlang, wurden die Körbe an den Masten emporgezogen. Die Frauen kamen bald einzeln oder in Gruppen an den Strand und sahen auf einen winzigen, schwarzen Punkt ganz weit draussen. Doch der Punkt zerfloss endlich in der Dämmerung, und die Boote der Fischer kamen auch in der Nacht nicht zurück. Wie verlorene Sterne blinzelten um Mitternacht die wenigen Lichter des Dorfes. Da sassen die Alten noch auf und schreckten zusammen, wenn der Sturm an Fenstern und Türen rüttelte.

Als der Morgen bleich und düster über das schäumende Meer herankroch, trat aus der kleinen Hütte, die als letzte des Dorfes neben den Wagen Spuren eines ausgefahrenen Weges stand, eine junge Frau. Sie lief einige Schritte um das Haus, bis sie das Meer sehen konnte. Da blieb sie stehen und legte die Hand vor die Augen, als wäre hinten am Horizont schon die Segel der heimkehrenden Fischer zu sehen. Aber es war nur die Gischt der übereinandergetürmten Wogen, die sich hob und senkte.

Da begannen auch aus den andern Hütten die Frauen langsam hervorzutreten. Bald war es ein ganzer Haufen, der sich zusammenschlug zu einem dunklen, dicken Klumpen und endlich gegen das Meer hin in Bewegung geriet.

Nur die Junge ging für sich allein, und als sie hinunter gekommen war, mied sie den Haufen der andern, stellte sich abseits und blickte mit roten, starrenden Augen auf die Endlosigkeit des Wassers. Ihr dunkles Tuch flatterte im Winde.

Der Haufen der andern hatte sich zu einer dünnen Kette auseinandergezogen. Keine sprach mit der andern ein Wort. Sie sahen nur aufs Meer, bis ihnen die Augen brannten, und in diesen Augen standen die vielen Stunden verzeichnet, die sie schon hier am Strande gewartet hatten. Hin und wieder begann eine der Frauen ein paar Schritte vor sich hinzutreten. Dann schrak sie zusammen, blieb stehen und wendete den Kopf hinaus aufs Meer. Endlich sagte eine von den alten: "Sie werden nach den Inseln getrieben worden sein, wie damals....."

"Wer weiss!" erwiderte eine andre. Die Frauen schüttelten die Köpfe und stiessen sich an. "Ach", seufzten sie nur - und: "So wird es schon sein". Dann blickten sie weiter aufs Meer, das immer wieder auf die schwarze Linie am Strande zu sprang.

Nur die Junge blieb hartnäckig für sich allein, presste die Hände gegen den Leib, liess die Augen sinken. Da hinten lag eine graue Nebelwand, und dahinter konnte vielleicht Helmer stecken mit seinem Boote. Irgendwo konnte doch ein kleiner, schwarzer Strich sein, an dem noch nichts zu erkennen war. Ach, wäre er nur gestern nicht mit den andern hinausgefahren! Hätte er doch nicht auf die andern gehört! Aber da hatte das Meer noch ruhig da gelegen wie alle Tage. Da konnte es auch für einen Fischer nicht anders sein, als dass er sein Boot in die Wellen schob und hinausfuhr.

Sie begann zu frösteln. Ihre Augen waren vom vielen Sehen schon rot geworden. Sie hätte vielleicht auch einmal auf etwas anderes blicken wollen als immer nur auf das Meer. Jeden Tag und jede Stunde das Meer. Gab es denn gar nichts Besseres auf der Welt als das Meer? Sie tat ein paar Schritte auf das Grosse, Drängende zu. Dann blieb sie erschrocken stehen und sah nach den andern Frauen deren Blicke mit ihr gegangen waren.

Sie stand weiter allein. Die andern Frauen trugen ihr nach, dass Helmer sie aus der Stadt ins Dorf gebracht, dass er um ihretwillen nicht Hinrichsen's Stine genommen hatte, wie es die Alten untereinander abgemacht hatten. Immer war ein Gerede um die Junge. Das hatte an dem Tage begonnen, an dem Stine verschwunden war, ohne Wort und Gruss. Die Junge begann, die Monate nachzuzählen. Es waren 5, die sie nun im Dorfe lebte. Einmal würden sich ja alle damit abgefunden haben. Einmal würde alles zum Rechten kommen. Bis dahin aber war es noch ein harter Weg, den sie allein mit Helmer gehen musste. Wenn ihr dieser Weg zu schwer wurde, dann konnte sie sich an seine Schulter lehnen und die Augen schliessen. Er wird schon wiederkommen, dachte sie, und ich werde auf ihn warten, und wenn es noch den ganzen Tag dauert, die ganze folgende Nacht. Er wird schon wiederkommen.....

Plötzlich ging eine Bewegung durch die Reihen der Frauen. Sie begannen, die Köpfe zu neigen, und sahen nach den beiden Männern, die stemelos durch den Sand gestampft kamen. Die Männer hatten die Köpfe eingezogen und die Fäuste geballt. Sie stemmten die Schultern gegen den Wind und liefen voller Hast auf die Frauen zu.

Da heulte das Meer auf, und die Junge, die bisher allein gestanden hatte,

rannte nun den Männern entgegen. Die im Haufen aber schüttelten nur die Köpfe, als die Junge bei den Männern stand und auf sie einredete. Da sagte die Alte, die vorhin gesprochen hatte: "Helmer..." Die andern Frauen erschrakten, sahen sie von der Seite an, schwiegen und blickten nun nach der Stelle, wo eben die Junge umgesunken war. Sie fuhren zusammen. Es begann etwas mit ihnen vor sich zu gehen. Als hätten sie einen Kampf auszukämpfen. Sie sahen sich an, fragend und abwartend.

Unterdessen war der eine der Männer zu den Frauen herangekommen. Er blieb mit einem hilflosen Gesichte vor ihnen stehen und versuchte, etwas Schweres von sich abzuschütteln. Laut sagte er in die aufhorchende Gruppe hinein: "Sie haben sich alle gerettet. Sie kommen mit den Booten zurück, wenn der Sturm vorbei ist."

"Und Pieter - und Hey? Was ist mit ihnen?" schrieen zwei Stimmen.

Der Mann liess den Kopf sinken und schlug die Arme an die Seite, als müsste er etwas beteuern, was ihm sonst nicht geglaubt werden könnte. Dann schrie er, weil der Sturm wieder mächtig zu heulen begann: "Sie sind ja alle in Sicherheit. Alle - deiner und deiner und alle aus dem Dorfe....."

"Und Helmer?" fragte die Stimme der Alten.

Der Mann senkte den Kopf wie vorhin: "Helmer? Den hat es doch gleich am Anfang erwischt. Wir konnten ja nicht an ihn herankommen. Es war zu schwer. Ihr könnt mir glauben: alles haben wir getan, alles...." Er brach mitten im Worte ab und zeigte auf das Meer. So verging eine Weile. Die Frauen sahen sich stumm mit grossen Augen an. Es schien ihnen, als wäre ein Unrecht begangen worden, das nicht mehr gut zu machen war. Um keinen Preis mehr. Ihre Blicke, die nach dem Strande hinunter gingen, kehrten kummervoll wieder zurück.

Der Mann wandte sich ab und ging zu dem andern. Die Frauen sahen ihm nach, wie der durch den Sand stapfte. Dann machte eine den Anfang, dann noch eine, und endlich setzte sich der ganze Haufen in Bewegung und lief dorthin, wo der Mann neben der ohnmächtigen Frau kniete, die wie ein schwarzer Fleck im hellen Sande lag. Zu einander sagten sie leise: "Wir müssen nun anders zu ihr sein."

Das Meer wälzte donnernde Wogenkämme an den Strand. Bis dicht an den schwarzen Klumpen der Frauen, die auf das totenblasse Gesicht der Jungen am Boden sahen. Nur die Alte hob nach einer Weile den Blick und schaute auf das Meer hinaus - so weit ihre Augen nur sehen konnten.

Alfred Prugel.

Die "grosse Dame".^x

SPD. Mit einer fast religiösen Ehrfurcht redet man in bürgerlichen Kreisen von der "Dame". Die "Dama" gilt als Inbegriff aller weiblichen Vollkommenheit. Umgekehrt bedeutet es eine Beleidigung, wenn eine Frau nicht als "Dame" anerkannt wird. Was es mit dieser "Dame" auf sich hat, wird in einem kürzlich erschienenen Buche "Die grosse Dame" von Kurt Reibnitz geschildert. "Von Rahel bis Kathinka" lautet der Untertitel. Also ein historischer Rückblick, der gute hundert Jahre umfasst. Literarisch ist diese Aufreihung berühmter Frauennamen, geschwollener Lobsprüche und gelegentlichen Klatsches so gut wie wertlos. Aber sie lässt unseinen Blick tun hinter die Kulissen jenes lächerlichen Theaters, von dem sich - Republik hin, Demokratie her! - die bürgerliche Welt nicht losreissen kann. Es ist die Welt der hochtrabenden Namen, der von monarchischer Gunst erleuchteten Diplomatie, einer angemasteten Führerrolle im Kulturleben, die heute längst ausgespielt hat. Auch Reibnitz gibt zu: "Die grosse Dame in Deutschland ist tot". Aber während wir angesichts dieser Tatsache mit einem Seufzer der Erleichterung zur Tagesordnung übergehen, trauert der Verfasser des Buches der entschwundenen Herrlichkeit nach: "In dem sachlichen, rationa-

lisierten, erschöpften... Deutschland... ist weder Raum noch Luft für die FINE FLEUR geistiger und gesellschaftlicher Kultur, die grosse Dame, die einen vielseitigen, angeregten Salon macht."

Sehen wir uns die "FINE FLEUR", die "Feine Blume", einmal aus der Nähe an Die Rahel, die die Reihe eröffnet, und die Georg Brandes "das erste grosse und moderne Weib im deutschen Kulturleben" nennt, die Gattin des preussischen Diplomaten Varnhagen von Ense, Freundin des Prinzen Louis Ferdinand, aber auch der Fichte, Tieck, der Brüder Schlegel, Schleiermachers, Wilhelm von Humboldts und Heinrich Heines; die Frau, die den Ausspruch tat: "Adlige liebe ich oft, den Adel nie," - die war nur leider keine echte Preussin, sondern eine Jüdin. Wer im vormärzlichen Berlin Kunst und Geist geniessen wollte, der musste sich wohl oder übel in den Salon einer "Fremdrassigen" verfügen.

Die Rahel bestritt ihren Salon mit geringen Mitteln: sie war weder reich noch schön. Für eine Kaiserin Augusta oder Kaiserin Friedrich war es kein besonderes Verdienst, Geselligkeit im grossen Stil zu pflegen und neben den Aristokraten des Blutes auch einmal Aristokraten des Geistes um sich zu sehen. Im übrigen war ihnen die Einmischung in die Politik wichtiger als Kunst und Wissenschaft. Zu diesen politisierenden Damen, die Bismarck so glühend hasste, gehörte auch die Freundin und vertraute jenes im Dunkeln wühlenden Herrn von Holstein, Helene von Lebbin, die in einem Hinterhause der Wilhelmstrasse in Berlin eine höchst bescheidene Wohnung hatte: "Sobald sie Tee getrunken hatte, zog sie aus einem grossen, schwarzseidenen Pompadour die Handarbeit und häkelte." Die Lebbin war eine Landjunktressenfrau, hausbacken und ziemlich kulturlos, wie Johanna von Bismarck.

Sonst ist die "grosse Dame" ein Luxusgeschöpf. Am weitvollsten sind noch die Gönnerinnen Richard Wagners: Mathilde Wesendonck, die in Zürich das Modell der Isolde abgegeben hat, während ihr Gatte, der Seidenfabrikant und Mäzen, die wenig beneidenswerte Rolle des "König Marke" spielen musste und von den Wagnerianern auch diesen Spitznamen erhielt, sodann die Gräfin Schleinitz, die Gattin des königlichen Hausministers und intimen Freundes der Kaiserin Augusta, die "greuliche, unausstehliche, affektierte Mimi", wie Johanna Bismarck sie titulierte, und endlich Cosima selber, die gleich Wagner reichlich theatralische "Beherrscherin von Bayreuth", die Mathilde Wesendonck, aber auch Brahms, Joachim und Nietzsche mit ihrem Hass verfolgte und ihrem ersten Gatten, dem durch und durch vornehmen Hans von Bülow, bevor sie sich endgültig für Wagner entschied, zwei unendlich kummervolle Jahre bereitet hat.

Im übrigen besteht diese buntgemischte Gesellschaft aus Lebedamen von recht fragwürdiger Qualität. Da ist die russische Jüdin Lachmann, die als grosse Pariser Kokotte des zweiten Kaiserreichs den portugiesischen Aristokraten Paiva und später den jungen Grafen Henckel von Donnersmarck heiratet und ihm ein durch Spekulation erworbenes Millionenvermögen zubringt. Da ist ferner die Fürstin Pauline Metternich, die Gattin des österreichischen Botschafters in Paris, die es sogar am Hofe Napoleons III. besonders toll trieb - was schon etwas heissen wollte -, in Nacktballetten auftrat und obszöne Schlager vortrug: "dabei blieb sie immer grosse Dame, liess es zum letzten niemals kommen"; auf ihre alten Tage, ehe sie 1921 in Wien starb, wurde sie dann eine Betschwester. Da ist schliesslich die Fürstin Bülow, die ausser und neben ihrem Gatten auch noch Dönhoff und dem geschmeidigen Günstling Wilhelms II. dem Pianisten Tausig, den Malern Makar und Lenbach, den Diplomaten Andrassy, Lichnowsky und Stockhammern gehörte: "Sie war des Reiches erste Frau".

Den Kehraus bildet Kathinka, nacheinander Gattin eines Mannes, dem sie vier Kinder schenkte, dann, nachdem sie ihn verlassen, Frau des rheinischen Grossindustriellen Albert, nach dessen Tode Gattin des Junkers von Oheimb, heute endlich, auch von diesem geschieden, Frau von Kardorff. Sie wollte einmal mit aller Gewalt Gessler zum Reichspräsidenten machen - was Stresemann zum Glück verhindert hat. Ueberall hat sie ihre Finger im Spiel: "Sie ist parteilos", will "mit dem Herzen denken". Sie ist "die grosse Dame der deutschen Republik". Da hat die deutsche Republik ja Glück gehabt! Hermann Hieber.